

14. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten

Dem Landtag von Sachsen-Anhalt und der Landesregierung am
31.03.2008 vorgelegt gemäß Artikel 1 § 6 Abs. 1 AG StUG LSA



Der Landesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

I. Vorwort

Mit dem vorliegenden 14. Tätigkeitsbereich des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt (LStU) soll nicht nur dem gesetzlichen Auftrag zur Rechenschaftslegung sondern auch dem Informationsbedürfnis weiter Teile der Gesellschaft nachgekommen werden. Aus diesem Grund wird der diesjährige Tätigkeitsbericht zusätzlich zur Veröffentlichung als Landtagsdrucksache im Nachgang in einer farblich gestalteten und leichter lesbaren Form für breitere Interessentenkreise herausgegeben.

Im Hauptteil des Tätigkeitsberichtes werden die Aktivitäten der Behörde im Einzelnen aufgeführt und mit statistischem Material untersetzt. Mit diesem Vorwort soll Wesentliches herausgehoben und bewertet werden.

Die Behörde des Landesbeauftragten ist mit ihrem gesetzlichen Auftrag auf folgende Aufgaben festgelegt:

- Aufklärung von Betroffenen und Interessierten über die Wirkmechanismen des Ministeriums für Staatssicherheit im Zusammenwirken mit der SED und den anderen Repressionsorganen des Staates
- Beratung von Verfolgten des SED-Regimes in Bezug auf Rehabilitierung von Unrechtsmaßnahmen, Wiedergutmachungsleistungen, Aufklärung über das persönliche Schicksal und psychologische Betreuung
- Finanzielle, organisatorische und ideelle Unterstützung von Forschungs- und Bildungsarbeit, die einzelne Aspekte des Wirkens des MfS im Zusammenspiel mit der SED und den übrigen Repressionsorganen der Diktatur behandeln.
- Finanzielle Unterstützung und kommunikative Zusammenarbeit mit Vereinen und Verfolgtenverbänden, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen.
- Unterstützung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) mit ihren Außenstellen in Halle und Magdeburg bei der Antragstellung auf Akteneinsicht, der weitergehenden persönlichen Beratung und der landesbezogenen Arbeit der Behörde.

Zum Aufgabenspektrum ist kritisch anzumerken, dass die alleinige Fixierung auf das Wirken des MfS nach § 5 Absatz 1 Nummern 1 und 2 des Ausführungsgesetzes im Widerspruch zu den Aufgaben laut § 1 Nummer 2 des Gesetzes steht. Jede Beratung und Aufklärung über das Wirken des MfS steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der SED und den von ihr geschaffenen Strukturen der Diktatur. Jeder der von der Diktatur in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und der späteren „DDR“ verfolgte Bürger des Landes Sachsen-Anhalt hat ein Schicksal, das nicht allein von Maßnahmen des MfS beeinflusst wurde. In der Regel bekam der Bürger oder die Bürgerin in einer „klassenkämpferischen Auseinandersetzung“ die geballte „Rache des Systems“ für sein/ihr „klassenfeindliches“ Verhalten zu spüren. Für die Umsetzung der „Maßnahmen“ hatte die SED sich neben dem MfS und anderen „Organen“ ein Heer von willfähigen Nomenklaturkadern geschaffen.

Es ist ein in der Gegenwart ein nicht zu verniedlichendes Problem, dass in staatlichen oder kommunalen Verwaltungen des Landes ehemalige Nomenklaturkader der SED Vertrauensstellungen innehaben. Für Verfolgte des SED-Regimes aber auch für

einen Großteil der Bürger unseres Landes ist eine derartige Personalpolitik unakzeptabel, da damit das Vertrauen in die demokratische Verwaltung geschwächt wird und gerade für Verfolgte des SED-Regimes Hemmschwellen im Kontakt mit dieser Verwaltung aufgebaut werden.

Auch im 13. Jahr des Bestehens konnte die Behörde von einer guten materiellen und personellen Ausstattung ausgehen, mit deren Hilfe o. a. Aufgaben umgesetzt wurden.

Zur festen Institution im Aufgabenspektrum der Behörde des Landesbeauftragten sind folgende Aktivitäten geworden:

- Zweimonatliches Treffen mit Vertretern von Verbänden und Vereinen, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Wirken des MfS darin widmen
- Monatliches Treffen der Landesbeauftragten aus den anderen Ländern
- Vierteljährliches Treffen von Vertretern der politischen Bildungsinstitutionen, der Bundesbeauftragten und von Aufarbeitungsinitiativen zum „Arbeitskreis Aufarbeitung“
- Persönliche Sprechtag des Landesbeauftragten in Magdeburg und Halle
- Beratungskampagne zu Fragen der Rehabilitierung und Akteneinsicht in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Magdeburg und der BStU
- Wissenschaftliche Aufarbeitung von Aktivitäten des MfS mit Hilfe von Forschungsvorhaben

Für die Zeit des Tätigkeitsberichtes vom April 2007 bis zum März 2008 sind in Verantwortung und Zusammenarbeit mit der Behörde des Landesbeauftragten folgende besondere und sich wiederholenden Ereignisse und Ergebnisse hervorzuheben:

- 11. Bundeskongress der Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung SED-Diktatur gemeinsam mit den Verfolgtenverbänden in Görlitz
- Beratungsinitiative in 35 Gemeinden und Kreisen des Landes Sachsen-Anhalt mit fast 4000 beratenen Bürgern
- Persönliche Beratung von Bürgern zur Rehabilitierung von Unrechtsurteilen oder anderen Verfolgungsarten, die in besonderen Fällen beide Diktaturepochen umfassen.
- filmische Dokumentation „Gesicht zur Wand“ einer 16-jährigen Lager- und Gefängnishaft
- Fortsetzung der Schriftenreihe des Landesbeauftragten durch die Herausgabe von drei Broschüren
- Initiierung und Koordinierung der Vorbereitung auf das 20jährige Jubiläum der Friedlichen Revolution
- Beteiligung am Beratungsprozess in Vorbereitung des 3.SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes für die „Opferrente“
- Koordinierung und Begleitung der verwaltungsrechtlichen Umsetzung des 3.SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes durch Beratung und personelle Abordnung
- Mitwirkung im Gründungsprozess der Gedenkstättenstiftung des Landes als Mitglied des Stiftungsrates
- Erfahrungsaustausch mit dem Landesbeauftragten des Landes Sachsen

- Beginn und Fortsetzung von drei Forschungsprojekten mit dem Ziel der Fortsetzung der Schriftenreihe des Landesbeauftragten
- Beginn eines Forschungsprojektes für das Jubiläumsjahr 2009 in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung
- Enge Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung und Vergangenheitsbewältigung wie Gedenkstättenstiftung, Stiftungen für politische Bildung, Lehrstühle für Geschichte in Halle und Magdeburg, Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Bundesstiftung Aufarbeitung etc.
- Umfangreiche Presse- und Medienarbeit im Zusammenhang mit der Beratungsinitiative und weiteren besonderen Anlässen
- Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung der Behörde durch die Einführung eines besonderen Corporate Design und die Vorbereitung der Überführung der Schriftenreihe auf den Buchmarkt.

Im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang wird die Arbeit der Behörde sowohl durch Einzelpersonen als auch durch Institutionen, Vereine und Verbände als Hilfestellung und Partner sehr gut angenommen.

Während Einzelpersonen als so genannte „Klientel“ der Behörde persönliche Hilfestellung erfahren ist die Zusammenarbeit mit Institutionen projektbezogen. In beiden Fällen haben sich durch die jahrelange Zusammenarbeit feste Formen herausgebildet.

Im Kooperationsgeflecht mit o. a. Einrichtungen ist die LStU Sachsen-Anhalt ein anerkannter Bestandteil der geschichtlichen Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden. Durch die bis in die Gegenwart hineinreichenden Auswirkungen dieser Diktatur ergeben sich insbesondere für die Person des Landesbeauftragten Reibungspunkte mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Bezügen. In diesem Zusammenhang wird die Behörde aufgrund ihrer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsfunktion über ihren wertneutralen Auftrag hinaus als Instanz zur moralischen Wertung gefordert. Es blieb und bleibt auch zukünftig eine Gratwanderung, sachliche Informationen für die Diktaturaufarbeitung zu liefern und dabei politische und persönliche Interessenkonflikte zu vermeiden.

Die Befassung der Bürger mit dem Thema Diktatur hat im Berichtszeitraum in erheblichem Maße zugenommen, wie an den Beratungszahlen leicht abzulesen ist.

Dies ist einerseits der Tatsache geschuldet, dass die mediale Vorbereitung der Beratungstage eine gute Unterstützung durch die regionale Presse erfährt. Andererseits hat die Beschlussfassung zur „Opferrente“, die damit zusammenhängende Diskussion und die Umsetzung des Gesetzes in erfahrbares Recht zu einer vermehrten Beschäftigung mit dem Thema geführt. Insbesondere sind viele Bürger erst durch die Einführung der „Opferrente“ als besonderer Zuwendung für Verfolgte der SED-Diktatur auf ihre Ansprüche aufmerksam geworden.

Aufgrund positiver Erfahrungen bei anderen Landesbeauftragten und aufgrund der zunehmenden öffentlichen politischen Diskussion über die fehlende Wissensvermittlung zum Wesen der Diktatur der SED wurden im letzten Quartal des Berichtszeitraumes die Grundzüge für eine Bildungsoffensive erarbeitet. Sie wird im Jahre 2008 begonnen und zum dauerhaften Bestandteil der Arbeit der Behörde werden.

Alles in allem hat sich die Behörde des Landesbeauftragten mit den ihr gestellten Aufträgen zu einem Ansprechpartner für alle Probleme und Diskussionen um das Thema „Umgang mit dem Erbe der DDR“ gemacht.

Für den kommenden Berichtszeitraum sind aus diesem Grunde folgende Entwicklungen und Aktivitäten der Behörde geplant:

- Finanzielle, personelle und logistische Absicherung der Beratungskampagne mit dem Partner Caritas und mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung.
- Einstieg in eine Bildungsoffensive an Bildungseinrichtungen des Landes gemeinsam mit dem Verein „Gegen Vergessen - für Demokratie“.
- Fortsetzung der Buch-Veröffentlichungen im Rahmen einer auf dem Buchmarkt erscheinenden Schriftenreihe
- Erweiterung des periodisch erscheinenden Rundbriefes zum Mitteilungsblatt mit Informationen für alle mit der Diktaturaufarbeitung befassten Einrichtungen.
- Didaktische Aufbereitung des Zeitzeugenprojektes „Gesicht zur Wand“, um es für den schulischen Einsatz verfügbar zu machen.
- Entwicklung von Bildungsangeboten, die durch emotionale Beteiligung über geschichtliche Zusammenhänge aufklären

Gerhard Ruden
Landesbeauftragter

I. Vorwort	1
II. Ausstattung der Behörde	7
1. Personalausstattung	7
2. Finanzielle Ausstattung der Behörde	7
3. Sächliche Ausstattung der Behörde	7
III. Tätigkeit des Landesbeauftragten und seiner Mitarbeiter	8
1. Bürgerberatung	8
1.1. Beratung von Betroffenen	8
1.2. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt	10
1.3. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften	10
1.4. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2007)	13
1.5. 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	15
1.6. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt	16
1.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	18
1.8. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation	20
1.9. Beratung von Mitarbeitern des MfS	20
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	21
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes – Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes	21
2.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitation	21
2.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	21
- Stand der Überprüfungen in Landtag, Staatskanzlei und Ministerien einschließlich nachgeordneter Einrichtungen	23
- Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen	24
- Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften (Kreistage)	25
2.4. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	26
2.5. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt	26
2.6. Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten, der Bundesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung	28
2.7. Die Zusammenarbeit mit den Außenstellen der BStU in Magdeburg und Halle	29

2.8. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung und der Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt	31
3. Forschung zur Aufarbeitung in anderen Archiven	32
3.1. Landeshauptarchiv	32
3.2. Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt	32
3.3. Eigene Forschungsvorhaben	32
4. Öffentlichkeitsarbeit	33
4.1. Broschüren, Info-Blätter	33
4.2. Filmprojekt „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“	34
4.3. Bundeskongress „Widerstand gegen den Kommunismus“	34
4.4. Weitere Veranstaltungen	35
4.5. Rundbrief	37
4.6. Bibliothek	37
4.7. Internet	38
4.8. Medienarbeit	38
5. Zuwendungen der Behörde des Landesbeauftragten	39
6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung	56
6.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	56
6.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitierung und zum Vermögensrecht (bundesweit)	56
6.3. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität	60
6.4. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle	60

Hinweis: Zitate sind *kursiv* gesetzt.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Dem Landesbeauftragten standen im Berichtszeitraum 5 Mitarbeiter zur Verfügung, die jeweils ein spezielles Arbeitsgebiet abdeckten.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Jahr 2007 im Einzelplan 11 Ministerium der Justiz im Kapitel 1114 dem Landesbeauftragten folgende finanziellen Mittel zu: (Die Tabelle zeigt den Vergleich zum Jahr 2006.)

Titel	Zweckbestimmung	Zuweisung 2007	Zuweisung 2006
511 01	Geschäftsbedarf	14.600 €	16.600 €
	Bücher und Zeitschriften		
	Post- und Fernmeldegebühren		
	Unterhaltung von Geräten und Ausstattung		
	Ersatz und Ergänzung der Geräte		
514 02	Betreuungskosten bei der Beratung	1.000 €	1.000 €
525 01	Aus- und Fortbildung (Fachtagung)	4.100 €	18.400 €
526 01	Sachverständigen- / Gerichtskosten	0 €	0 €
527 01	Reisekosten	4.500 €	4.500 €
531 01	Veröffentlichungen	16.000 €	15.000 €
532 01	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	14.500 €	14.500 €
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	10.300 €	11.300 €
546 59	Vermischte Verwaltungsaufgaben	1.000 €	1.000 €
685 11	Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung	18.400 €	18.400 €
685 51	Sonstige Zuschüsse	18.400 €	18.400 €
685 52	Zuschüsse an Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt	101.100 €	101.100 €

Im Titel 511 01 wurde der Ansatz gegenüber 2006 um 2.000 € gekürzt. Das liegt an dem verminderten Aufwand für Portogebühren. Im Titel 531 01 wurde der Ansatz um 1.000 € erhöht und dafür wurden im Titel 533 01 1.000 € eingespart. Das sind Anpassungen an den realistischen Bedarf. In den Titeln 685 11 und 685 51, aus denen der Landbeauftragte die Zuwendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, wurden die Mittel 2006 mit je 18.400 €, im Titel 685 52 „Zuschüsse an Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mit 101.100 € stabil gehalten. Aus letzterem wurden überwiegend Projekte des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle gefördert.

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Ergänzungen erfolgen in Anpassung an den laufenden Geschäftsbetrieb.

III. Tätigkeit des Landesbeauftragten und seiner Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

Als zentrale Aufgabe mit wachsender Bedeutung hat sich im Jahre 2007 die Beratungstätigkeit der Behörde entwickelt. Durch die weitere Ausdehnung der mobilen Beratung im Rahmen der Beratungskampagne konnten die Beratungsfälle gegenüber dem Jahre 2006 nochmals verdoppelt werden (auf ca. 4.000). Dies ist in erheblichem Maße mit dem gestiegenen Interesse an bis heute unbekannten Eingriffen von SED und MfS in die persönliche Sphäre der Bürger zu erklären. Offenbar hat die wiederholte mediale Verarbeitung persönlicher Unterdrückungsschicksale (Das Leben der Anderen, Die Frau vom Checkpoint Charlie und verschiedenste Dokumentationen) zu einer Sensibilisierung der Bürger und einem damit einhergehenden vergrößerten Interesse an der Aufklärung des eigenen Schicksals geführt. Der mediale Beitrag der Behörde des Landesbeauftragten besteht ergänzend darin, dass mit regional angepassten Ausstellungen und entsprechender Pressearbeit offenbar der „Nerv“ der Bürger so getroffen wird, dass sich teilweise hunderte von Bürgern (Dessau 325, Wernigerode 286, Lutherstadt Wittenberg 250) ihre Akteneinsicht beantragen und dabei das Beratungsgespräch suchen.

1.1. Beratung von Betroffenen

Der ganz überwiegende Anteil der Rat suchenden Bürger erlebte das Leben in der DDR als vom allmächtigen Staat bedroht und möchte sich heute über die Bedrohungs- und Unterdrückungsmechanismen aufklären lassen. Ein geringer Teil von Bürgern hat aber auch nur die natürliche „Neugier“, wie die Stasi ihr Leben beobachtet hat.

Neben der typischen „Opfer-Position“ der zu beratenden Bürger gibt es aber auch Fälle von Zusammenarbeit mit der Stasi als IM. In diesen Fällen, die in enger Abstimmung mit der Rehabilitierungsbehörde im Landesverwaltungsamt begutachtet werden, geht es meist um verweigte Wiedergutmachungsleistungen aufgrund der vorliegenden Staatsnähe als Mitarbeiter des MfS. Wenn auch für Mitarbeiter des MfS oder andere staatsnahe berufliche Positionen berufliches oder verwaltungsrechtliches Unrecht juristisch rehabilitiert wird, so ist doch eine materielle Wiedergutmachung durch Kapitalentschädigung für Gefängnisaufenthalte, Rentenausgleich, die Opferrente oder aber Zahlungen aus der Häftlingshilfestiftung an die Prüfung auf Staatsnähe und Verantwortung für SED- und MfS-Unrecht gebunden.

An dieser Stelle sei auf zwei wesentliche Grundsätze des Rehabilitierungsrechtes hingewiesen, die immer wieder zu Fragestellungen bei der Beratung führen:

Eine staatliche Diskriminierung durch die „Organe“ der „DDR“ führt nur dann zu einer Rehabilitierung, wenn damit ein Ausbildungsgang abgebrochen oder eine berufliche Schlechterstellung verbunden war.

Die Verhinderung einer beruflichen Besserstellung (durch Verweigerung von Ausbildungsgängen oder Anstellungen) wird nicht rehabilitiert.

Weiterhin gelten für die Verweigerung von materiellen Wiedergutmachungsleistungen folgende Kriterien:

War das Handeln eines Bürgers (als IM oder durch Verletzung von Menschenrechten) geeignet, andere Bürger zu schädigen?

Eine Bejahung dieser Frage führt unabhängig von den tatsächlichen Auswirkungen des Handelns zur Aberkennung materieller Wiedergutmachungsleistungen.

War das Handeln eines Bürgers (als IM oder durch Verletzung von Menschenrechten) von einer Zwangslage diktiert?

Die Bejahung dieser Frage durch die Rehabilitierungsbehörde kann trotz erwiesener Staatsnähe zur Zahlung materieller Wiedergutmachungsleistungen führen. Voraussetzung ist allerdings der Nachweis des bedrohlichen Ausmaßes der Zwangssituation, z.B. die Androhung physischer Gewalt gegenüber Familienmitgliedern (Zwangsadoptionen, Verhaftungen) oder die Androhung besonderer physischer Strafmaßnahmen.

Ein besonderer Fall dürfte in nächster Zukunft die Rehabilitierung eines in der DDR in einem Schauprozess verurteilten Mitarbeiters der Gestapo werden. Auch solche Urteile des SED-Justizapparates über Verbrechen aus der NS-Diktatur sind auf ihren rechtlichen Gehalt zu prüfen und müssen gegebenenfalls revidiert werden.

Es kristallisierte sich im Jahre 2007 ganz deutlich heraus, dass mit wachsendem Abstand zu den Verhältnissen in der DDR die Angst vor unangenehmen Erkenntnissen über das eigene persönliche Umfeld einer verhaltenen Neugier weicht. Nach den Enthüllungen der vergangenen Jahre fassen immer mehr Menschen den Mut, ihre eigene Familiengeschichte oder einfach nur das Handeln der Stasi und des Machtapparates in ihrem Leben aufzuklären. Zur Senkung der Hemmschwelle, sich mit dem Thema Stasi und Unterdrückung zu beschäftigen, tragen des Weiteren bei:

- die verringerten Bearbeitungszeiten bei der BStU (Zwischenauskunft nach drei Monaten)
- die inzwischen auch im persönlichen Umfeld gestellten Akteneinsichtsanträge und
- das im August 2007 verabschiedete 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz für die „Opferrente“ bei.

Gerade die mit diesem Gesetz zugesagte „Besondere Zuwendung“ für mindestens sechs Monate Haftzeit führte bei vielen Betroffenen und Opfern der Diktatur zu einer „Lebensinventur“. Die Folge sind vermehrte Erstanträge auf strafrechtliche Rehabilitierung und weitere Entschädigungsleistungen.

Organisation der Beratung: durchgeführt werden

- Beratungstage im ganzen Land Sachsen-Anhalt
- Sprechstunden in Magdeburg und Halle
- Telefonische Beratung
- Beratungs-Lehrgänge für andere Landesbehörden
- Hilfe und Unterstützung durch Dritte und für Dritte (Verbände, Vereine)

Niedersachsen

Weiterhin steht im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ein Sachgebiet für die Beratung im Zusammenhang mit politischer Verfolgung durch die DDR zur Verfügung:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat 52
Christine Strobelt
Clemensstr. 17
30159 Hannover
Tel. 05 11 - 1 20 47 66
Fax 05 11 - 1 20 99 47 66

Die gemeinsamen Beratungstage werden 2008 voraussichtlich fortgesetzt.

1.2. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt

Im Berichtszeitraum war es möglich, die Beratungsinitiative mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortzusetzen. Ein im Bereich der psycho-sozialen Beratung geschulter Mitarbeiter der Caritas stand wie schon in den Vorjahren bei den Beratungstagen des Landesbeauftragten und auch für Einzelgespräche zur Verfügung (Näheres unter 1.5.). Darüber hinaus werden Betroffene in Absprache an erfahrene niedergelassene Psychologen weiter verwiesen.

Die Anerkennung von gesundheitlichen Folgen politischer Repression durch die zuständigen Behörden bleibt ein Problem, welches weiterhin dringend durch eine Veränderung der gesetzlichen Grundlagen gelöst werden muss.

1.3. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften

Aufgrund des Dritten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2007 (Bundesgesetzblatt 2007 Teil I, S. 2118) ist die Antragstellung bei Gericht bzw. bei der Rehabilitierungsbehörde nunmehr bis zum **31. Dezember 2011** möglich. Damit wurde eine erneute Fristverlängerung, ursprünglich im Bundesrat eingebracht durch das Land Thüringen, umgesetzt.

Die **Strafrechtliche Rehabilitierung** ist möglich nach einer politisch motivierten Verurteilung oder sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat. Zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dem die Verurteilung ausgesprochen wurde, für Sachsen-Anhalt:

Landgericht Magdeburg
– Rehabilitierungskammer –
Halberstädter Str. 8, 39112 Magdeburg
Tel. 03 91 - 6 06.0
bzw.
Landgericht Halle (Saale)
– Rehabilitierungskammer –
Hansering 13, 06108 Halle (Saale)
Tel. 03 45 - 2 20.0

Jede strafrechtliche Rehabilitierung begründet für den Betroffenen Ansprüche auf **soziale Ausgleichsleistungen**, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt (306,78 € pro Haftmonat). Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich. Eine Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung aufgrund der Erhöhung des Entschädigungsbetrags erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

Betroffene der Verfolgung in der ehemaligen DDR, die aus politischen Gründen mindestens sechs Monate in Haft waren, erhalten auf Antrag ab dem Monat nach der Antragstellung eine monatliche Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro. Dabei wird die monatliche Zuwendung bei Überschreiten der Einkommensgrenze entsprechend dem dreifachen Eckregelsatz (bei verheirateten oder in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden: vierfacher Eckregelsatz) für jeden Euro des Überschreitens um einen Euro gekürzt. Diese Werte betragen z. Zt. 1.041 bzw. 1.388 Euro. Renten werden bei dieser Einkommensberechnung nicht angerechnet.

In Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte senden die Anträge auf Kapitalentschädigung und auf monatliche Zuwendung an das

Landesverwaltungsamt
Referat Versorgungsamt / SER
Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)
Tel. 03 45 - 52 76.0
bzw. das
Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Magdeburg
Referat Versorgungsamt / SER
Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg,
Tel. 03 91 - 6 27 30 00.

Personen mit einer Bescheinigung nach § 10 Absatz 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) senden den Antrag auf monatliche Zuwendung an das

Landesverwaltungsamt
Referat Versorgungsamt / SER
Postfach 1120
39001 Magdeburg,
Tel. 03 91 / 6 27-30 00,

den Antrag auf Kapitalentschädigung jedoch an das

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau
Referat 210 (HHG-Behörde)
Kühnauer Straße 161, 06846 Dessau,
Tel. 03 40 / 65 06-3 10 oder -3 14.

Im Zeitraum bis 2007 wurden in Sachsen-Anhalt **31.409** Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung und von den daraufhin Rehabilitierten **14.264** Anträge auf Kapitalentschädigung nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt bislang insgesamt **1.945**, davon 1 Erstantragssteller im Jahr 2007.

Zusätzlich besteht sowohl für ehemalige Häftlinge als auch für sonst rechtsstaatswidrig in ihrer Berufstätigkeit Beeinträchtigte ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitierung** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung zuständig ist die Behörde des Landes, in dessen Gebiet das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, in Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt
Referat 210
Postfach 20 02 56, 06003 Halle (Saale).

Persönliche Vorsprache sowie weitere Postanschrift:

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau
Referat 210
Kühnauer Straße 161, 06843 Dessau
Tel. 03 40 - 65 06.3 23.

Die Deutsche Rentenversicherung (vormals BfA und LVA) hat zwar zugesichert, bis 2007 alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu prüfen. Rentenverläufe können aber nicht ohne weiteres überprüft werden, solange nicht im Rahmen eines Kontenklärungsverfahrens eine Mitwirkung durch die Betroffenen erfolgt.

DISOS wurde ersetzt durch Rhenus Office Systems GmbH

Pressemitteilung 20/08 2007

Rhenus übernimmt die Altschriftgutbestände der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) zur Erteilung von Auskünften und Verdienstbescheinigungen

Die Rhenus-Gruppe hat mit Wirkung zum 1. Juli 2007 die Bewirtschaftung der Altschriftgutverwaltung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (vormals Treuhandanstalt) übernommen. Aus Anlass dieser Übernahme hat Rhenus im Vorfeld den größten Umzug von Schriftgut durchgeführt, der jemals in Europa stattgefunden hat. Für die Aufbewahrung und Bewirtschaftung des Altschriftgutes hat Rhenus je ein Sicherheitsarchiv in Brandenburg und Berlin nach neuesten technischen Standards errichtet.

Für die Übernahme der Schriftgüter, welche vor dem Umzug an sieben Standorten in Berlin und den neuen Bundesländern aufbewahrt wurden, führte Rhenus innerhalb von zwei Monaten über 500 Transporte mit Sattelzügen durch und registrierte dabei rund drei Millionen Akten.

Mit der Errichtung der neuen Sicherheitsarchive wurde die Dokumentenlogistik am Rhenus-Standort Berlin-Brandenburg nachhaltig ausgebaut. Um dem Wachstum gerecht zu werden, baut Rhenus das seit 1997 betriebene Sicherheitsarchiv in Velten derzeit zusätzlich aus. Somit verfügt Rhenus in Berlin und Brandenburg über eine Kapazität von fast 500 laufenden Aktenkilometern. Das entspricht über sechs Millionen Standard-Ordern mit breitem Rücken im Format DIN-A 4.

Zur Bewirtschaftung der neuen bzw. erweiterten Sicherheitsarchiv-Standorte entstehen bei Rhenus eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze. Schwerpunkt der Tätigkeiten ist die datenbankgestützte Recherche nach Informationen aus dem Schriftgut sowie deren Verarbeitung.

Rhenus führt in diesem Rahmen für ehemalige Beschäftigte der Abwicklungsunternehmen der BvS im Zusammenhang mit dem Leistungsverfahren der Rentenversicherungsträger auch die Erstellung von Bescheinigungen über Beschäftigungszeiten und Arbeitsentgelte durch, sofern dies aus den noch vorhandenen Lohn- und Gehaltsunterlagen möglich ist.

(Quelle: Pressemitteilung der Rhenus AG & Co. KG, Rhenus-Platz 1, 59439 Holzwickede, Telefon: 02301-29.0, Telefax: .1357, E-mail: kontakt@de.rhenus.com; Adresse des Archivs: Märkische Allee 1–11, 14979 Großbeeren, Tel.: 033701-338.558 Fax: .560, E-mail: info.ros@de.rhenus.com)

Für die alten und die neuen Bundesländer wird jeweils nach 180 Tagen ein Erinnerungsschreiben versandt und nach 300 Tagen wird das Verfahren der „Kontenklärung von Amts wegen“ auch ohne Mitwirkung des Versicherten per Bescheid abgeschlossen.

Wer sein Studium auch in fortgeschrittenem Alter jetzt noch abschließen will, musste dieses bis zum 1. Januar 2003 aufgenommen haben, um noch in den Genuss des nicht rückzahlbaren BAföG zu kommen (Vorlage der vorläufigen beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung beim BAföG-Amt zur Befreiung von der Altersgrenze nötig). Die Förderung von Weiterbildung in einem bereits ausgeübten Beruf oder einer Umschulung kann noch bis zum **31. Dezember 2008** beantragt werden.

Die Werte der monatlichen **Ausgleichsleistung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** (§ 8 Absatz 3) betragen seit 1.1.2003 bis zu 184 Euro bzw. für Rentner 123 Euro. Der Antrag ist weiterhin beim Sozialamt des örtlichen Landratsamts bzw. der kreisfreien Stadt zu stellen (neue Frist: **31.12.2012**). Die Einkommensgrenze wird regelmäßig neu festgesetzt und orientiert sich seit Jahresbeginn 2005 an den Sätzen für das ALG II.

1.4. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2007)

Den mit den Anträgen befassten Richtern und Mitarbeitern der Verwaltung sei an dieser Stelle ein Dank für die Bearbeitung der meist sehr komplexen und mit großen Schwierigkeiten verbundenen Vorgänge ausgesprochen.

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitierung wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem am 18.9.1990 noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 30.580 Eingänge von 1990 bis 2006. Für die Jahre 2006 und 2007 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

	2007	2006		2007	2006
Eingänge	829	299	Erledigung durch Beschluss: Antrag war	257	205
Erledigungen	356	290	begründet	127	89
unerledigt	755	282	teilw. begründet	26	31
Erledigung durch Beschluss	257	205	nicht begründet	82	71
Erledigung durch Sonstiges	99	85	unzulässig	22	14

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen ein anderes Landgericht zuständig war.

Folgeleistungen:

(aus der vom Minister für Gesundheit und Soziales mit Schreiben vom 31.1.2008 übermittelten Tabelle – § 17 V regelt die Nachzahlungen)

	2007					2006				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	52	146	29	8	0	34	111	5	21	0
Bewilligungen	22	50	7	3	0	41	72	8	2	0
Ablehnungen	7	11	0	10	0	0	20	0	13	0
Sonstige Erledigungen	3	20	1	0	0	0	12	0	5	0
offene Fälle	51	127	29	15	0	31	62	8	20	0

Aus der übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Einzelübersicht zu den Jahren von 1993 bis 2005 wird auf den 4. bis 13. Tätigkeitsbericht verwiesen.

	bis 2007 gesamt				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	7.943	14.264	9.101	1.113	168
Bewilligungen	7.578	11.625	8.239	243	12
Ablehnungen	212	940	37	561	103
Sonstige Erledigungen	102	1.572	791	294	53
offene Fälle	51	127	29	15	0

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen ein anderes Bundesland zuständig war.

Statistik der Antragsbearbeitung – Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

§ 6 StrRehaG: 95,40 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)

§ 17 I StrRehaG: 81,50 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)

§ 17 V StrRehaG: 90,53 % (Kapitalentschädigung, Nachzahlung)

Leistungen aufgrund verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden:

Wie bereits im 8. Tätigkeitsbericht erwähnt, wurden auf Anregung des Bundeskanzleramts alle abschlägig beschiedenen Anträge auf Versorgungsleistung erneut überprüft. In den Jahren bis 2007 wurden insgesamt 1.113 Anträge auf Beschädigtenversorgung und 168 Anträge auf Hinterbliebenenversorgung gestellt, von denen 243 bzw. 12 – einschließlich der in den letzten Jahren erneut überprüften Fälle – bewilligt wurden:

§ 21 StrRehaG: 21,83 % (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden)

§ 22 StrRehaG: 7,14 % (Hinterbliebenenversorgung)

Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, wurde die Kapitalentschädigung erhöht. Zuständig ist das Landesverwaltungsamt, Referat 210. Von dort wurden 33 Neuerteilungen von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, 1 Fall der Erstantragsstellung zur Kapitalentschädigung (306,78 € pro Haftmonat; Vorjahr: 2) und 19 Fälle der Nachzahlung (16 Fälle zu 25,56 € und 3 Fälle zu 153,39 €; Vorjahr: 46) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2007	20	14.973,21 €	748,66 €
2006	48	31.408,58 €	654,35 €
2005	33	46.998,04 €	1.424,18 €
2004	19	53.329,01 €	2.806,79 €
2003	30	49.206,72 €	1.640,22 €
2002	151	165.762,64 €	1.097,77 €
2001	607	1.247.652,51 DM	2.055,44 DM
2000	1.160	3.953.813,13 DM	3.408,46 DM

Die Verbesserung der Leistungen für bestimmte Gruppen von Rehabilitierten – „Opferpension“ oder „Opferrente“

Mit dem Dritten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2007 (Bundesgesetzblatt 2007 Teil I, S. 2118) erfolgte die Einführung einer besonderen monatlichen Zuwendung zu Gunsten bestimmter Gruppen von Rehabilitierten.

	2007		
StrRehaG	§ 17a	§ 17a + HHG	gesamt
Formblatt-Anträge			6.044
Bewilligungen	1.736	271	2.007
Ablehnungen	88	1	89
Sonstige Erledigungen	0	1	1
offene Fälle			3.947

Die Anträge können erst im Laufe des Verfahrens entweder dem StrRehaG oder dem HHG zugeteilt werden, so dass eine Zuordnung für die Zahl der gestellten Anträge und der offenen Fälle nicht möglich ist.

Zur Form der Anträge: Insbesondere vor Inkrafttreten der Gesetzes wurden schriftliche Anträge ohne Formblatt gestellt, die als fristwährend anerkannt werden. Der Antragsteller muss jedoch ein ausgefülltes Formblatt nachreichen.

1.5. 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Für die Zeit seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes im Jahr 1994 bis zum 31.12.2007 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung der Tätigkeit des Landesverwaltungsamts, Referat 210 (seit 1.12.2003 muss gegen einen ablehnenden Bescheid ohne Widerspruchsverfahren sofort geklagt werden; bislang hat sich die relative Zahl der Klagen nicht erhöht):

Stand: 31.12.2007 – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	5.012	Erled. d. Bescheid: Antrag war	3.874
Erledigungen	4.924	begründet	1.885
unerledigt	88	teilw. begründet	126
Erled. d. Bescheid	3.874	nicht begründet oder unzulässig	1.863
Erled. d. Sonstiges	1.050		

Stand: 31.12.2007 – Berufliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	16.102	Erled. d. Bescheid: Antrag war	11.121
Erledigungen	14.581	begründet	7.659
unerledigt	1.521	teilw. begründet	997
Erled. d. Bescheid	11.121	nicht begründet oder unzulässig	2.465
Erled. d. Sonstiges	3.460		

Hiervon lag bei über 60 % der Anträge eine strafrechtliche Rehabilitierung zugrunde und bei rund 10 % der Anträge eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. In den übrigen Fällen war nur das Berufliche Rehabilitierungsgesetz anzuwenden, davon in 682 Fällen die Regelung für verfolgte Schüler.

1.6. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt

Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen kann sich jeder an den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wenden.

Durch die Behörde wurden von März bis Juni 2007 an 30 Kalendertagen an 30 Orten und von September bis November an 15 Kalendertagen an 14 Orten Beratungstage durchgeführt.

Die Beratungsgespräche wurden durch einen bis zwei Berater aus der Behörde (alle 45 Tage) und einen Berater (in 16 Fällen: zwei) des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e. V. (alle 45 Tage – finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), unterstützt von bis zu zwei Mitarbeitern der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), Außenstellen Magdeburg (an 24 Tagen) bzw. Halle (an 19 Tagen), durchgeführt. Die Beratungstage dauerten im ersten Halbjahr durchschnittlich 7 Stunden (Fahrzeiten nicht eingerechnet). Im ersten Halbjahr konnten keine Spätsprechstunden für Berufstätige (bis jeweils 18 oder 19 Uhr) angeboten werden. Im zweiten Halbjahr dauerten die Beratungstage jeweils 10 Stunden (Fahrzeiten nicht eingerechnet) mit dem Angebot der Spätsprechstunde bis jeweils 19 Uhr.

Die Anzahl der Beratungsgespräche an den in den Städten Sachsen-Anhalts durchgeführten Beratungstagen ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Egeln	127	Hötensleben	27
Löbejün	13	Nebra	17
Lutherstadt Eisleben	135	Weißenfels	100
Havelberg	36	Gernrode	41
Schönebeck	70	Halle (Saale)	19
Mücheln	18	Barby	76
Falkenstein	14	Seehausen (Altmark)	64
Wolmirstedt	115	(Zwischensumme 1. Halbjahr)	(1907)
Kalbe, Milde (Altmark)	64	Haldensleben	133
Calbe, Saale	43	Bernburg	63
Stäßfurt	30	Lutherstadt Wittenberg	250
Zerbst	98	Halberstadt	133
Oschersleben	64	Sangerhausen	73
Gardelegen	32	Halle (Saale)	68
Teuchern	10	Magdeburg-Nord	26
Quedlinburg	70	Köthen	217
Bismark (Altmark)	36	Burg	118
Genthin	64	Merseburg [Brückentag!]	2
Prettin	16	Naumburg	206
Bitterfeld	155	Dessau	325
Wernigerode	286	Magdeburg-Mitte	16
Gommern	33	Salzwedel (Altmark)	196
Aschersleben	34	Stendal (Altmark)	74
		Summe	3807

Damit haben sich die durchschnittlichen Besucherzahlen wie folgt entwickelt: Jahr 2001 (35); 2002 (30); 2003 (34); 2004 (21); 2005 (25); 2006 (47); 2007 (85), davon 1. Halbjahr 2007 (64) und 2. Halbjahr 2007 (127).

Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung, berufliche Rehabilitierung und Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge – Stiftung des Öffentlichen Rechts – in Bonn erforderten einen erheblichen Beratungsaufwand. Ab Mitte Mai waren zahlreiche Fragen zu der dann am 29.8.2007 in Kraft getretenen „Besonderen monatlichen Zuwendung für Haftopfer“ zu beantworten. Fast alle beratenen Personen stellten einen Stasi-Akten-Einsichts-Antrag.

In mehreren Fällen wurde eine weiterführende psychosoziale Beratung gewünscht. Dieses zusätzliche Angebot – ermöglicht durch den Einsatz des Beraters des Caritasverbandes auch über die Beratungstage hinaus (finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) – konnte in diesem Jahr wieder aufgenommen werden.

Für die Beratungstage ab 2008 sollte Folgendes berücksichtigt werden:

- die Besucherzahl hängt u. A. von der Einwohnerzahl des besuchten Orts ab. Die Durchschnittsbesucherzahl für die größten zehn der bis Juni besuchten Orte [ohne Halle; dort besteht eine besondere Situation/Sitz einer Außenstelle] betrug 104, die Durchschnittsbesucherzahl für das 2. Halbjahr mit den ohnehin großen 12 Orten [ohne Halle und Magdeburg] 149.
- um erneut (wie schon in Einzelfällen 2005 (10 Tage in 5 Orten) und 2006 (2 Tage)) Spätsprechstunden für Berufstätige anbieten zu können, wurden die Berater in „Schichten“ eingeteilt, so dass im 2. Halbjahr in allen Fällen Beratung bis 19 Uhr angeboten werden konnte (Besucher nach 16 Uhr: ca. ein Drittel, also 600 Personen – dies erklärt auch die erhöhte Durchschnittsbesucherzahl).
- die Ausstellungen in Lutherstadt Eisleben (135 Besucher des Beratungstags), Weißenfels (100 + 10 in Teuchern), Quedlinburg (70 + 41 in Gernrode) und Wernigerode (286) haben sich als Besuchermagnet bewährt. Dies hat sich im 2. Halbjahr fortgesetzt (Haldensleben 133, Bernburg [kurzer Vorlauf!] 63, Lu. Wittenberg 250, Halberstadt 133, Sangerhausen [kurzer Vorlauf!] 73, Halle (Saale) 68 [im 1. Halbjahr ohne Ausstellung nur 19], Köthen 217, Burg 118, Naumburg 206, Dessau 325, Salzwedel 196 [+74 in Stendal]).

In Abhängigkeit von der Geschwindigkeit, mit der die DRV (früher BfA, ...) die Kontenklärungen durchführt, ist in den nächsten Jahren mit zumindest gleichbleibendem wenn nicht zunehmendem Beratungsbedarf zu rechnen.

Die Behörde nahm zusammen mit der Thüringer LStU an einem Beratungstag des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport teil: in Hannover (2 Tage).

Bei dem Beratungsangebot in Niedersachsen und am Beispiel von Einzelfällen, in denen die Betroffenen aus ihren neuen Wohnsitzen in den alten Bundesländern zu den Beratungstagen angereist sind, wurde erneut deutlich, dass die heute in den alten Bundesländern wohnenden ehemaligen Häftlinge oft die Nachzahlung zur Kapitalentschädigung und die berufliche Rehabilitierung nicht beantragt haben – sie haben lediglich die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG und Leistungen der (damals in Berlin-Marienfelde sitzenden) Stiftung erhalten. Häufig war die Einführung der Besonderen Monatlichen Zuwendung Anlass dafür, sich nach der für den Wohnort zuständigen HHG-Behörde zu erkundigen, um mit dieser Kontakt aufzunehmen.

1.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat die folgenden Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen).

Die Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG (bundesweit: 5.883, Vorjahr 6.347); die Fälle nach dem HHG (bundesweit: 1.264, Vorjahr 1.571) werden nicht nach Ländern erfasst. Bundesweit zahlte die Stiftung im Jahr 2007 als Unterstützungsleistung 12.862.400 €, Vorjahr 13.280.900 €, aus:

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2007	746	1.468.650 €	1.968,70 €
2006	769	1.460.500 €	1.899,22 €
2005	658	1.256.750 €	1.909,95 €
2004	635	1.238.100 €	1.949,76 €
2003	659	1.346.750 €	2.043,63 €
2002	650	1.610.500 €	2.477,69 €
2001	507	2.544.400 DM	5.018,54 DM
2000	383	2.102.200 DM	5.488,77 DM
1999	255	1.252.800 DM	4.912,94 DM
1998	261	1.311.800 DM	5.026,05 DM
1997	131	611.450 DM	4.667,56 DM
1996	71	225.000 DM	3.169,01 DM
1995	58	203.100 DM	3.501,72 DM
1994	69	253.700 DM	3.676,81 DM
1993	74	284.900 DM	3.850,00 DM

Leistungen der Stiftung an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemals administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch Haftgrund darzulegen und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenepost, Bescheinigung des DRK-Suchdienstes [Chiemgaustraße 109, 81549 München]) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

Für den betreffenden Personenkreis ist in der Bundestagsdrucksache 16/6956 [Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Heimkehrerstiftung und zur Finanzierung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz – HKStAufhG)] folgendes vorgesehen:

Regelung der Finanzierung der weiteren Leistungen ... der Unterstützungsleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz bis Ende 2009. ... Für die Gewährung von Unterstützungsleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz sind in den Jahren 2007 bis 2009 weiterhin jeweils 2,18 Mio. Euro bereitzustellen.

Aus der Begründung:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (StepH) ist – neben der ihr zusätzlich übertragenen Aufgabe der Gewährung von Unterstützungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – zuständig für die Gewährung von Unterstützungsleistungen nach dem Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz, HHG).

Die im Regierungsentwurf des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes vorgesehene Finanzierungsregelung für die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sieht zum Ersten vor, dass der Bund die Verwaltungskosten der StepH trägt (voraussichtlich 806 000 Euro im Jahr 2007, 822 000 Euro im Jahr 2008 und 833 000 Euro im Jahr 2009). Insoweit ist beachtlich, dass rund 85 Prozent der Verwaltungskosten nicht durch die Ausführung des Häftlingshilfegesetzes bedingt sind, sondern durch die Ausführung des StrRehaG entstehen. Zum Zweiten sieht der Entwurf – in Anlehnung an die ausgelaufene gesetzliche Finanzierungsregelung für die Jahre 2000 bis 2005 – vor, dass der Stiftung für Unterstützungsleistungen jährlich 767 000 Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Entwurf des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes müssten der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in den Jahren 2007 bis 2009 also jährlich knapp 1,6 Mio. Euro zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Häftlingshilfegesetz und für alle ihre Verwaltungskosten zur Verfügung gestellt werden.

Die für Unterstützungsleistungen vorgesehenen 767 000 Euro würden nicht ausreichen, allen Berechtigten Leistungen zukommen zu lassen. Unterstützungsleistungen können ehemalige politische Häftlinge aus dem kommunistischen Machtbereich sowie deren hinterbliebene Ehegatten, Kinder und Eltern zur Linderung einer Notlage erhalten. Empfänger dieser Leistungen sind auch Zivilinternierte und -deportierte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße, soweit sie nicht primär als Folge von Arbeitsverpflichtungen oder zum Zwecke des Abtransportes von Vertriebenen oder Aussiedlern lagermäßig untergebracht waren (vgl. § 1 Abs. 6 des Häftlingshilfegesetzes). Bei Zivilinternierten und -deportierten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße wird insoweit grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Gewahrsamnahme zunächst vordringlich aus sicherheitspolitischen Gründen erfolgt ist und demzufolge politischer Gewahrsam vorliegt, selbst wenn sie nachfolgend zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.

Damit die Stiftung ihrer schwierigen Aufgabe – namentlich insbesondere der Unterstützung der Zivilinternierten und -deportierten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße – in sachgerechter Weise nachkommen kann, sollen die der Stiftung jährlich zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Unterstützung für die Opfer der SED-Diktatur – Eckpunkte für ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ (Bundestagsdrucksache 16/4167) und der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ (Bundestagsdrucksache 16/4842) auf rund 3 Mio. Euro erhöht werden. Demnach sind ihr neben den voraussichtlich in den Jahren 2007 bis 2009 auf durchschnittlich rund 820 000 Euro gestiegenen Verwaltungskosten 2 180 000 Euro für Unterstützungsleistungen zur Verfügung zu stellen.

Gegenüber der Planung nach dem Regierungsentwurf des Gesetzes zur Aufhebung der Heimkehrerstiftung und zur Finanzierung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sind demnach jährlich 1,413 Mio. Euro mehr an Zweckmitteln aus Bundesmitteln zur Verfügung zu stellen. Dass diese zusätzlichen Mittel in größtmöglichem Umfang Zivilinternierten und -deportierten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße zugute kommen, soll die Stiftung durch untergesetzliche Regelungen sicherstellen.

1.8. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation

Ein Antrag auf Rehabilitation durch die Russische Föderation ist weiterhin möglich. Anträge liegen beim Landesbeauftragten bereit. Neben Betroffenen und Angehörigen sind auch Vereine antragsbefugt. Eine Akteneinsicht ist grundsätzlich nur nach zuvor erfolgter Rehabilitation möglich.

Fragen zu Rehabilitierungsanträgen an die Russische Föderation oder zur Akteneinsicht in Russland zur Sachaufklärung beantwortet:

Herr Dr. Klaus-Dieter Müller
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1, 01069 Dresden
Tel. 03 51 - 46 95 54.0

Die Anträge sind über das Auswärtige Amt (11013 Berlin) zu stellen, von wo sie nach Russland gesandt werden. Ebenfalls möglich ist – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst.

Das Auswärtige Amt hat bis Juli 2006 die Rehabilitation von rund 13.500 Deutschen registriert, die im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt worden waren. Dazu gehören auch mehrere tausend Rehabilitierungen von Amts wegen, von denen die Betroffenen oder ihre Hinterbliebenen wegen fehlender aktueller Anschriften nicht in Kenntnis gesetzt werden können. Nach Schätzung der russischen Behörden liegt die Gesamtzahl der nach 1945 unter sowjetischer Besatzung verurteilten Deutschen zwischen 35.000 und 40.000, die Zahl der verurteilten Kriegsgefangenen bei etwa 25.000 bis 30.000.

1.9. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Die Beratung von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS oder deren Kindern wurde auch im Berichtszeitraum fortgeführt. Dies bezieht sich auch auf Personen, die verdächtigt werden, für das MfS gearbeitet zu haben.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes – Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe des Landesbeauftragten ist es, Personal führende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte der Bundesbeauftragten zu beraten. Auf der anderen Seite wenden sich immer wieder Betroffene mit Hinweisen an den Landesbeauftragten, wenn sie bei der Akteneinsicht festgestellt haben, dass Personen über sie berichtet haben, die heute noch im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In Absprache mit den Betroffenen werden diese Hinweise an die jeweilige Personal führende Stelle weitergeleitet.

2.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Behörde des Landesbeauftragten arbeitet eng mit der Rehabilitierungsbehörde im Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau, zusammen. In zahlreichen Fällen wurden Einzelfragen beraten.

2.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Weiterhin werden im öffentlichen Dienst des Landes im Rahmen der neu geregelten §§ 20 und 21 StUG Überprüfungen bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beantragt. Hierzu wird erneut ein Auszug aus der Gesetzesbegründung in den Bundestagsdrucksachen 16/2969 und 16/3638 zu diesen Neuregelungen zur Illustration des Umfangs der Überprüfungen wiedergegeben:

Der Grund für die Erhaltung der Überprüfungsmöglichkeit für die in Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe a bis e genannten Personengruppen ist die gesellschaftlich und politisch herausgehobene Position der betreffenden Personengruppen. Schutzgut ist hierbei das Ansehen der Verfassungsorgane. ...

Nach Nummer 6 Buchstabe a bleibt weiterhin die Überprüfung für Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung sowie für sonstige in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis stehende Personen (z. B. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages) möglich. Gleiches gilt für Abgeordnete und Angehörige kommunaler Vertretungskörperschaften (Nr. 6 Buchstabe b).

Auch Kommunale Wahlbeamte – also Wahlbeamte der Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise – sollen wegen ihrer verantwortungsvollen Stellung und dem großen Vertrauen, welches ihnen entgegengebracht wird, weiterhin überprüft werden können.

Von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nur noch herausgehobene Personengruppen überprüfbar. Dies sind zum einen Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können oder vergleichbare Angestellte (Nr. 6 Buchstabe c), zum anderen Beamte oder Angestellte, die eine Behörde leiten oder eine ähnlich verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen (Nr. 6 Buchstabe d). Der Kreis der Beamten oder Angestellten mit ähnlich verantwortungsvoller Aufgabe ist restriktiv

zu bestimmen. Hier sind nur solche Positionen gemeint, die mit nahezu gleich umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten sowie Entscheidungs- und Weisungsbefugnissen ausgestattet sind.

Für den Bereich der Rechtsprechung wird die Möglichkeit der Überprüfung für alle Berufsrichter eröffnet. Von einer Beschränkung ist insofern abgesehen worden, weil zum einen jeder Berufsrichter unmittelbar die rechtsprechende Gewalt repräsentiert und er aufgrund seiner Unabhängigkeit keiner Weisung unterworfen ist, so dass an seine Zuverlässigkeit besonders hohe Maßstäbe anzulegen sind.

Neben den Berufsrichtern werden auch ehrenamtliche Richter in den Kreis einbezogen, bei denen weiterhin die Möglichkeit der Überprüfung besteht, da auch sie die rechtsprechende Gewalt vertreten und als solche als unabhängig, zuverlässig und vertrauenswürdig gelten können müssen.

Auch Soldaten in besonders herausgehobener Stellung sollen überprüft werden können. Dies entspricht der Notwendigkeit, Repräsentanten dieser Staatsgewalt, ausgestattet mit Entscheidungs- und Weisungsbefugnissen, die erforderliche Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit zuschreiben zu können.

Personen in besonders verantwortungsvollen Positionen des Sports sollen ebenfalls überprüft werden können, um zum einen die Klärung von Vorwürfen zu ermöglichen und zum anderen die Vertrauenswürdigkeit des Sports in der Öffentlichkeit nicht zu untergraben. Hintergrund dieser Änderung ist nicht zuletzt die Rolle des Staatssicherheitsdienstes beim Komplex der Doping-Problematik und die noch immer zahlreichen offenen Fragen. Mit der Aufnahme verantwortlicher Betreuer sollen neben den Trainern auch Ärzte der Mitglieder der deutschen Nationalmannschaft überprüft werden können.

Nach Absatz 1 Nr. 7 sind Überprüfungen von Personen ... möglich, wenn sie sich mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes befassen. Es genügt auch hier die Kenntnis der betreffenden Personen von der Überprüfung; eine Einwilligung ist nicht vorgesehen. Der Grund für die Überprüfung liegt hier in der Sensibilität der den betreffenden Personen übertragenen Aufgaben. Für eine unabhängige Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes ist es erforderlich, dass die damit befassten Personen nicht durch eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst belastet sind. Dies kann bei der Beurteilung der Eignung der betreffenden Person nicht außer Betracht gelassen werden. Die Aufzählung erfasst die Mitglieder des Beirats (Buchstabe a), den Bundesbeauftragten und die Landesbeauftragten sowie deren Beschäftigte (Buchstaben b und c). Der Buchstabe d) bildet einen Auffangtatbestand. Er sieht die Möglichkeit der Überprüfung von Beschäftigten sonstiger öffentlicher Stellen vor, soweit sie überwiegend mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes befasst sind. Die von den Beschäftigten konkret ausgeübte Tätigkeit muss der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes dienen. Die Beschäftigten müssen selbst überwiegend mit der Aufarbeitung befasst sein. Keinesfalls genügt, dass die Beschäftigten bei einer öffentlichen Stelle arbeiten, die sich (auch) mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes befasst. Die Sensibilität der Tätigkeit der Beschäftigten im Hinblick auf die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes muss derjenigen der Personen nach Buchstabe a) bis c) vergleichbar sein.

Stand der Überprüfungen in Landtag, Staatskanzlei und Ministerien einschließlich nachgeordneter Einrichtungen

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AGVG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Landtagsverwaltung	145	266	266	262	4 IM	1	1	2	0	0	1 VG*	0
Staatskanzlei	227	404	374	365	9		8	1	0	0	0	0
Ministerium des Innern	13.456	18.271	18.243	15.537	2.706	893		1.805	0	8	11	2
Ministerium der Justiz	4.299	5.087	4.782	4.518	264	74	47	132	0	11	1	0
Ministerium der Finanzen	4.697	4.961	4.959	4.812	147	24	12	111	0	0	8	2
Ministerium für Gesundheit und Soziales	1.236	2.679	2.678	2.593	86	7	19	59	0	1	8	0
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit	454	994	994	961	33	1	17	14	0	1	0	0
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	3.811	6.827	6.742	6.383	359	49	63	247	0	0	27	11
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr	2.379	3.098	2.944	2.860	84	8	14	62	0	0	4	3
Kultusministerium	40.775	85.130	70.849	68.166	2.683	707		1.976	0	-	-	-
Gesamt:	71.479	127.717	112.831	106.457	6.375	1.945		4.409	0	21	60	18

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Zusammenfassung der Daten zum Landtag, der Staatskanzlei und den Ministerien

Anzahl der Beschäftigten im Landtag, den Ministerien und nachgeord. Einrichtungen (31.12.2007) 71.479
Das sind 501 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 127.717
127.673
Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, welche die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge hinsichtlich der Rosenholz-Dateien.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 112.831
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 106.457 94,3 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 6.375 5,7 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 1.945 30,5 %
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 4.409 69,2 %
Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 0
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 21 0,3 %

Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Stadt Magdeburg	3.454	9.077	9.054	8.654	400	83	40	266	0	11	41	2
Stadt Halle/Saale	3.229	1.296	1.295	1.167	129	19	88	22	0	0	4	1
Stadt Dessau-Roßlau	4108	7.830	7.829	7.730	99	4	47	44		4	3	1
Altmarkkreis Salzwedel	560	1.216	1.037	970	67	23	17	27	0	0	0	0
Anhalt-Bitterfeld	keine Angaben durch Kreiszusammenlegung											
Landkreis Börde	947	1.665	1610	1520	90	43	9	31	0	7	5	1
Burgenlandkreis	836	3.324	3.320	3.219	100	61	24		0	16	11	1
Landkreis Harz	1.530	2.736	2.736	2.623	66 (47)*	18	20	20	0	8	9	3
Jerichower Land	keine Angaben											
Mansfeld-Südharz	761	1.820	1.636	1.580	55	23	23	7	0	2	4	3
Saalekreis	1.651	3.75	3.458	3.51	107	11	61	34	0	1	2	0
Salzlandkreis	1620	2.559	2.199	2.109	90	34	27	27	0	2	7	4
Stendal	772	1.197	1.197	1.122	75	38	6	31	0	0	21	2
nur Wittenberg*	602	1.004	1.004	961	43	20	4	10	0	9	0	0

IM* = Inoffizieller, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte; WR* = Wachregiment
Landkreis Harz (47)* - dazu erfolgten keine Angaben aus dem ehemaligen Landkreis Wernigerode, nur Wittenberg* - über die zugefügten Anteile des ehemaligen Landkreises Anhalt-Zerbst zu gibt es keine Angaben

Auf die Summendarstellung und die Auswertung in Prozenten wurde verzichtet, da durch die Kreisgebietsreform und die damit verbundene Aufteilung von Kreisgebieten auf mehrere Kreise die Angaben nur unvollständig oder gar nicht übermittelt wurden.

Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften (Kreistage)

Stadtrat/ Kreistag	Wahl- periode 2007– 2012	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menar- beit	Hinweise auf eine Zusam- menar- beit (IM oder HM)*	darauf- hin nie- der- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden
Magdeburg		57	40	40	40					
Halle/Saale		56	40	40	40					
Dessau- Roßlau		50	0							
Altmarkkreis Salzwedel		42	0							
Anhalt- Bitter- feld		55	0							
Landkreis Börde		54	0							
Burgenland- kreis		60	0							
Jerichower Land		49	0							
Landkreis Harz		60	32							
Mansfeld- Südharz		54	0							
Saalekreis		61	0							
Salzlandkreis		60	0							
Stendal		48	0							
Wittenberg		48	0							
Gesamt		754	112	80	80					

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. (BSV)
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e. V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Interessengemeinschaft der Zwangsausgesiedelten e. V. (IGZwA)
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Die Zusammenarbeit zwischen diesen Vereinen und dem Landesbeauftragten ist durch das gemeinsame Anliegen der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft und die gemeinsamen Projekte sehr eng. Regelmäßige Treffen von Vertretern aller in Sachsen-Anhalt tätigen Vereine mit dem Landesbeauftragten und Vertretern der Rehabilitierungs- und weiterer Behörden fanden wie auch in den vergangenen Jahren in den Räumen der Behörde statt (am 14.02.2007, am 03.05.2007, am 11.07.2007, 12.09.2007 und am 05.12.2007). Im Mittelpunkt dieser Treffen standen der Erfahrungsaustausch, die Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und die Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts.

Ein Schwerpunkt war die Diskussion um die Berücksichtigung des Unrechtsregimes der SBZ/DDR in Lehrplänen und Schulbüchern nach der Wiedervereinigung.

Finanzierung

Eine Grundsicherung des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. und des Forschungs-, Beratungs- und Begegnungszentrums des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. konnte durch die unermüdlichen Bemühungen des Landesbeauftragten zum Ende des Berichtszeitraums endlich erreicht werden, indem der Haushaltsgesetzgeber für die Jahre 2008/2009 die Mittel in diesem Bereich auf insgesamt 200.000 Euro erhöht und in die Verwaltung des Innenministeriums übergeben hat. Das ist erfreulich, da hier eine wichtige Informations-, Betreuungs- und Zeitzeugenarbeit geleistet wird, die durch Landesbehörden nicht gewährleistet werden kann. Darüber hinaus arbeiten alle Verbände in wichtigen Gremien des Landes regelmäßig mit (Stiftungsbeirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur bei der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt – und Arbeitskreis „Gedenkstätte ‚Roter Ochse‘“).

2.5. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft 1945–1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Die Behörde des Landesbeauftragten arbeitet sehr eng mit allen drei Gedenkstätten zusammen. Die Gedenkstätten sind seit Anfang 2007 unter dem Dach der landeseigenen Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt zusammengefasst.

Der Landesbeauftragte wurde durch Landtagsbeschluss in das konstitutive Organ der Stiftung, den Stiftungsrat, gewählt.

Der Stiftungsrat wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 12. April 2007 den Stiftungsdirektor. Im weiteren Verlauf der Arbeit des Stiftungsrates wurde die Satzung der Stiftung verabschiedet.

Ein großes Problem stellt der im Stiftungsgesetz nicht geforderte Ausschluss von Mitarbeitern des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit für die Mitglieder des Stiftungsrates dar. Dies führte durch die Entsendung einer ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiterin des MfS durch die Linksfraktion des Landtages als Stiftungsratsmitglied zum Boykott des Stiftungsrates durch die Opferverbände der SED-Diktatur. Nach monatelanger Lähmung des Stiftungsrates verzichtete der Landtag durch Beschluss auf Sitz und Stimme im Stiftungsrat und gab der Stiftung damit ihre Arbeitsfähigkeit wieder.

Der Landesbeauftragte sieht es als unabdingbar an, dass sowohl im Stiftungsrat als auch in den Beiräten der Stiftung keine ehemaligen „Funktionäre“ der jeweiligen Diktaturen Mitglied werden. Dies sollte alle verantwortliche Mitarbeit im Repressionsgefüge des SED-Staates betreffen.

Darüber hinaus sieht der Landesbeauftragte die Gründung der Stiftung als einen wichtigen Schritt an, der die Aufarbeitung beider deutscher Diktaturen von den Erfordernissen einer Landesverwaltung unabhängig machen und die geschichtliche Aufarbeitung nach dem Prinzip der Subsidiarität bürgernah wahrnehmen soll. Die Arbeit der Gedenkstättenstiftung sollte deswegen zukünftig fachlich, organisatorisch und personell im Rahmen der Ressourcen weitgehend unabhängig vom Dienstaufsicht führenden Innenministerium stattfinden können.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu der Zeit ab 1945 folgendes mit:

...

Zu den Kooperationen der einzelnen Gedenkstätten

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

In den vergangenen zwölf Monaten konnten wir nicht nur eine zweite, vertiefende Dauerausstellung sowie mehrere Sonderausstellungen eröffnen, darunter als 60. die neue Eigenproduktion „Unüberwindbar? Die innerdeutsche Grenze und ihre Wahrnehmung“, die nach ihrer Präsentation in Marienborn bis Ende März 2008 bundesweit auf Tour gehen wird. Parallel hierzu konnten wir die wissenschaftlichen Projekte zur Zeitzeugendokumentation sowie zur Objektinventarisierung vorantreiben und in der Außenstelle der Gedenkstätte am Grenzdenkmal Hötensleben einen großen Schritt vorankommen. Vor allem freut es mich sehr, dass wir bei anhaltend hoher Besucherzahl von über 166.000 die Anzahl der Bildungsveranstaltungen auf über 1.400 erheblich steigern konnten, darunter vor allem die Projektstage mit Schülern. Ebenfalls Anfang des Jahres haben wir nach fünf Jahren die Supervisorin für die Besucherbegleiter gewechselt – Frau Wildenauer aus Magdeburg traf bislang immer den richtigen Ton, um die Arbeit mit den Seminargruppen kontinuierlich zu professionalisieren.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt:

07.02.2007: Schulprojekt Magdeburg–Hannover: Eröffnung „Von Deutschland nach Deutschland“ im Kurt Schwitters Gymnasium Hannover mit Zeitzeugengesprächen.

26.04.2007: Eröffnung der Ausstellung „Gulag“ mit Bildern aus dem Gulag-Museum Perm 36. Eine gemeinsame Veranstaltung der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V., des LStU Sachsen-Anhalt und des LStU Berlin

27.04.2007: Tagesseminar in Hamburg zu „oral history“ zwischen politischer Bildung und Wissenschaft (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg gemeinsam mit Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg und LStU Sachsen-Anhalt)

06.06.2007: Ausstellungseröffnung mit Fotografien von Dietrich Bahß (LStU und LpB Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte Moritzplatz)

21.06.2007: Veranstaltung mit Dr. Sibylle Plogstedt: zur sozialen Situation von Opfern der SBZ/DDR heute. (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg gemeinsam mit LStU und LpB Sachsen-Anhalt)

Nicht zu vergessen die Kooperation zwischen Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und LStU (gefördert von der LpB Sachsen-Anhalt und unterstützt von der Gedenkstätte Roter Ochse Halle) bei der Erstellung des Films „Gesicht zur Wand! 15 Jahre politische Haft in SBZ und DDR“.

2.6. Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten, der Bundesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Diese Behörden arbeiten eng zusammen und unterstützen sich bei Bedarf gegenseitig in der nach wie vor sehr wichtigen Arbeit.

Die vorhandenen fünf Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme im Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitierung Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit geworden. Durch ihre Beratungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind sie zu einem wichtigen Faktor für die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der jeweiligen Länder geworden. Sie sind darüber hinaus Ansprechpartner und Förderer von Vereinen und Institutionen, die sich mit der Bewältigung der zweiten deutschen Diktatur aber auch beider Diktaturen befassen. Durch die Wiederwahl der Landesbeauftragten in Berlin im November 2007 und die bevorstehenden Wiederwahlen der Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im Jahre 2008 unterstreichen die Parlamente dieser Länder die Notwendigkeit dieser Behörden als Instrument der Aufarbeitung persönlich erlittener Schicksale und geschichtlicher Vorgänge.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich monatlich überwiegend in den Räumen des LStU Berlin gemeinsam mit einem Vertreter der Bundesstiftung Aufarbeitung. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen (Weiterbildungen, Bundeskongress, Tag der deut-

schen Einheit, Buchprojekte) und der Diskussion spezieller Probleme der Aufarbeitungsstrategie von BStU und LStU. Im Berichtszeitraum standen u. a. die Änderung der Rehabilitierungsgesetzgebung und der langfristige Umgang mit den Stasi-Unterlagen im Mittelpunkt der Konferenzen. Einen besonderen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang die Abstimmung mit der Behörde der Bundesbeauftragten BStU ein. In regelmäßigen Abständen gibt es zwischen der Behördenleiterin Frau Marianne Birthler und den Landesbeauftragten einen Informationsaustausch. Besondere Diskussionspunkte waren in dem Zusammenhang die Problematik BStU versus Bundesarchiv, die strategische Ausrichtung des Außenstellennetzes des BStU und aktuelle Themen der Mediendiskussion. Darüber hinaus gibt es aber auch auf der Mitarbeiterebene eine unkomplizierte Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Rechtsstandpunkten und der aktenbezogenen Bearbeitung von Problemen.

2.7. Die Zusammenarbeit mit den Außenstellen der BStU in Magdeburg und Halle

Es hat sich als großer Synergieeffekt erwiesen, die landesweite Beratungskampagne gemeinsam mit den Außenstellen Halle und Magdeburg der Bundesbeauftragten durchzuführen. Durch die logistische (Transportaufgaben), inhaltliche (Ausstellungen) und personelle Unterstützung der Außenstellen ist es möglich, mit jährlich ca 30 bis 40 größeren Orten an alle Einwohner des Landes ein Beratungsangebot zu machen. Da die Bürgerinnen und Bürger mit dem Angebot eines schnellen Antragverfahrens zur Einsicht in ihre Stasi-Akte mobilisiert werden ergibt sich für die Behörde des Landesbeauftragten die wichtige Möglichkeit, mit sehr vielen Bürgern des Landes in das Gespräch zu kommen. Erfahrungsgemäß erfahren erst durch diese Beratungsgespräche eine große Zahl von Bürgern von ihren rechtlichen Möglichkeiten der Rehabilitierung und möglichen Wiedergutmachungsleistungen. Der Prozentsatz dieser Bürger liegt zwischen 5 und 10 Prozent je Beratungstag, was auf das Jahr 2007 bezogen 200-300 Fälle ergibt.

Die durchschnittliche Anzahl der Erstanträge auf Akteneinsicht pro Monat betrug im Berichtszeitraum 1.166 (2007). In Sachsen-Anhalt stieg damit die Anzahl von 827 (2005) über 1.031 (2006) auf diesen Wert an. Insgesamt 3.609 Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge) wurden bei den externen Beratungstagen des Landesbeauftragten entgegengenommen und zur weiteren Bearbeitung an die Außenstellen der Bundesbeauftragten weitergeleitet. Hinzu kommen zahlreiche Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge), die im Büro der Behörde in Magdeburg entgegengenommen und ebenfalls weitergeleitet wurden. Das Interesse an der Einsicht in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch in Unterlagen anderer Staatsorgane der DDR ist ungebrochen. Immerhin konnten die durchschnittlichen Wartezeiten auf Einsicht in MfS-Unterlagen im Berichtszeitraum auf unter zwei Jahre verkürzt werden.

Die damalige Einrichtung von den zwei Außenstellen mit den Archiven der ehemaligen Bezirksverwaltungen Halle und Magdeburg hat sich bewährt.

Der Landesbeauftragte hat bei beiden Außenstellen verschiedene Forschungsanträge in Bearbeitung. Die Ergebnisse der Recherchen fließen in die Schriftenreihe ein.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes von den Außenstellen Halle und Magdeburg mitgeteilt (Stand: 31.12.2007):

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Umfang des Aktenbestandes:	7.180 lfm	9.250 lfm
Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen:	2.400 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)	1.843 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)
Unterlagen der Dienststeinheiten:	4.432 lfm	4.995 lfm
Davon erschlossen:	3.572 lfm (83 %)	4.125 lfm (83 %)
Vorvernichtetes Material (nicht erschlossen und auch einzelnen Dienst-einheiten derzeit nicht konkret zuordbar):	348 lfm	2.412 lfm
Gesamtzahl der Bürger-anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992:	129.789	175.890
- Anzahl der Anträge pro Jahr:		
1992	37.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.853	13.755
1998	6.775	12.536
1999	8.341	11.282
2000	6.515	9.043
2001	5.858	8.401
2002	4.330	8.571
2003	3.560	6.049
2004	3.506	6.359
2005	3.581	5.692
2006	5.183	7.182
2007	5.565	8.428
- derzeit in Bearbeitung befindliche Aktenein-sichts-anträge:	Anträge von 2006/2007	Anträge von 2006/2007
Erstanträge v. Bürgern auf Akteneinsicht 2006 pro Monat (durchschnittlich):	464	702
Besucher Museumsnacht Mai 2007	1.010	entfällt
Besucher der monatli-chen Führungen:	170 Besucher mit 56 Anträgen	entfällt

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Forschungsanträge (ges.):	344	225
Davon aus 2007:	12	47
Anträge öffentl. Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren (ges.):	20.130	16.946
Davon 2007:	400	289

* lfm = laufende Meter

Am Sachsen-Anhalt-Tag 01.–03.06.2007 wurden am gemeinsamen Stand des Landesbeauftragten mit den Außenstellen Halle und Magdeburg der Bundesbeauftragten und den Opferverbänden BSV und VOS mehrere hundert Besucher beraten und dabei 268 Anträge aufgenommen.

2.8. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung und der Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Einrichtungen der politischen Bildung haben sich in Sachsen-Anhalt 1996 zum Arbeitskreis „Aufarbeitung“ zusammengefunden, nachdem einzelne Partner auch schon vor diesem Zeitpunkt zusammengearbeitet haben. Die Geschäftsstelle befindet sich bei der Landeszentrale für politische Bildung.

Zum Arbeitskreis Aufarbeitung gehören Vertreter folgender Institutionen und Vereine:

- Landeszentrale für politische Bildung
- Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (mit den einzelnen Gedenkstätten)
- Kultusministerium
- BStU, Außenstelle Halle
- BStU, Außenstelle Magdeburg
- Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Konrad-Adenauer-Stiftung
- die ehemalige Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Das Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung teilte mit:

... bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 18.12.2007 möchte ich nun auf Ihre Anfrage antworten und die Aktivitäten und Projekte des LISA benennen, welche im Kalenderjahr 2007 die Geschichte der ehemaligen DDR bzw. deren Behandlung im Unterricht thematisierten. Da unsere gemeinsame Großveranstaltung leider nicht zustande kam, kann ich im Bereich Fortbildung lediglich auf das regelmäßige Angebot des LISA für Lehrkräfte verweisen, die sich auch als Regionalgeschichtsschreiber und Schulchronisten engagieren. In dem entsprechenden Kurs, welcher vom 11. bis 13.07.2007 in Dessau stattfand, fand die DDR-Geschichte in mehreren Kursteilen Berücksichtigung. Hervorhebenswert wäre hier insbesondere der Teil „Erinnerungsliteratur ein Bestandteil von regionaler Geschichtsaufarbeitung: Ich werde dann gehen ... Erinnerungen an Oskar Brüsewitz“.

3. Forschung zur Aufarbeitung in anderen Archiven

3.1. Landeshauptarchiv

Wie im vergangenen Berichtszeitraum haben sich wieder Schüler und Studenten, aber auch einzelne interessierte Personen und Vertreter der Presse mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsanträgen an die Behörde gewandt.

Die Antragszahlen, sowie der Stand der Abarbeitung im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt sind gegenüber dem Vorjahr von der Größenordnung her unverändert. Auf eine Wiedergabe der Zahlen in Tabellenform wird daher in diesem Jahr verzichtet.

Die Schwerpunkte der Archivarbeit beziehen sich nicht nur auf die Arbeit der Staatssicherheit und ihrer Partner in der DDR, sondern auch auf die gesellschaftliche Aufarbeitung (Überprüfung des öffentlichen Dienstes auf MfS-Zusammenarbeit seiner Mitarbeiter, Möglichkeiten und Grenzen von Rehabilitierung und Entschädigung). Die Anfragen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Behörde gibt hier Hinweise zu Verfahrensfragen, Literaturrecherchen und fachlichen Fragen sowie zur Recherche in weiteren Archiven. Im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt werden u. a. Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt bis 1952, der ehemaligen Räte der Bezirke Halle und Magdeburg, der Polizeibehörden sowie die SED-Unterlagen aufbewahrt. Sie geben ebenfalls Hinweise über politische Verfolgung in der SBZ/DDR und können in vielen Fällen die Unterlagen des MfS für die Forscher ergänzen.

Die Anzahl der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und von öffentlichen Einrichtungen zu Zwecken der Rehabilitierung ist gleichbleibend hoch. Ihre Bearbeitung erfordert ein hohes Maß an Sorgfalt und ist auf Grund der schwierigen Thematik mit hohem Rechercheaufwand verbunden. Mit der Abarbeitung der Anfragen im Bereich der Rehabilitierung und Forschung leisteten die Mitarbeiter der Archive einen wichtigen Beitrag zur Entschädigung der Verfolgten des SED-Regimes und zur Information über das geschehene Unrecht.

Die Aufbewahrung der Archivbestände im **Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt** ist neben der Sicherung relevanter Bestände in den **kommunalen Archiven** unverzichtbar für eine persönliche und historische Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte.

3.2. Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt

Die **Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt** wurde in der JVA Halle I eingerichtet, um die Haftakten der einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes zusammen zu führen. Diese Unterlagen sind eine unverzichtbare Grundlage für die Rehabilitierung, für die Anerkennung gesundheitlicher Schädigungen im Zusammenhang mit Haft und für die persönliche Aufarbeitung. Im Jahr 2007 wurden 386 (Vorjahr: 306) Anfragen registriert.

3.3. Eigene Forschungsvorhaben

In der Behörde des Landesbeauftragten wurden im Berichtszeitraum folgende Forschungsarbeiten aktiv bearbeitet oder unterstützt:

- Die Bearbeitung und Beobachtung der Evangelischen Akademie durch das Ministerium für Staatssicherheit der Behörde
- Die Zusammenarbeit des MfS mit den sowjetischen Partnerdiensten KGB und GRU im Bereich der funktechnischen Aufklärung auf dem Territorium der DDR

- Die Alliierten Militärverbindungsmissionen und deren Bearbeitung durch das MfS in den Bezirken Magdeburg, Schwerin, Potsdam, Halle und Erfurt
- Die von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Tode verurteilten Menschen aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen
- Die Zusammenarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit mit der SED im Bezirk Magdeburg zur Eindämmung „feindlich-negativer Tendenzen“ am Beispiel der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Magdeburg

4. Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und besonders auch über deren Folgen in Sachsen-Anhalt zu informieren. Diese Pflicht zur Information schließt auch die „Partner des operativen Zusammenwirkens“ auf Bezirks- und Kreisebene (z. B. Rat des Bezirkes, BDVP, Wehrbezirkskommando, SED-Bezirksleitung, FDJ, FDGB etc.) ein.

Die Behörde des Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich allerdings nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten, andere Bildungseinrichtungen, aber auch interessierte Jugendliche und Erwachsene an diesen Themen weiterarbeiten.

Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit gibt die Behörde Informationsmaterialien heraus, führt Veranstaltungen durch, stellt eine Schwerpunktbibliothek bereit und gibt Veranstaltungstermine (bundesweit) bekannt.

4.1. Broschüren, Info-Blätter

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ wurde aufgegeben. Die Bände 1 bis 20 der Reihe "Betroffene erinnern sich" und die Bände 1 bis 38 der Reihe "Sachbeiträge" gelten fortan als Bände 1 bis 58 der Schriftenreihe des Landesbeauftragten, die Broschüren „Verurteilt zum Tode durch Erschießen“ und „10 Jahre Gedenkstätte ‚Roter Ochse‘“ des Jahres 2006 als Bände 59 und 60.

Bis zur Erarbeitung eines neuen Broschürenverteilers werden die Broschüren nur auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Die Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt und, wenn vergriffen, gelegentlich auch auf Wunsch kopiert, da nicht alle Interessenten über einen Internetzugang verfügen.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Schriftenreihe des Landesbeauftragten

Nr. 61 Das Zuchthaus Coswig (Anhalt). Edda Ahrberg, Alexander Fuhrmann, Jutta Preiß; Auflage 1.500

Diese Broschüre wurde in Kooperation mit dem Schloss Coswig (Anhalt) e. V. und der Stadtverwaltung Coswig (Anhalt) erarbeitet.

Am Beispiel des Zuchthauses Coswig in Anhalt werden die Bedingungen des Strafvollzugs mit dem unterschiedlichen Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschafts- und Herrschaftsform der letzten 150 Jahre vor Augen geführt.

Informationen der Behörde

- 13. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten (Landtagsdrucksache Sachsen-Anhalt 5/0624)
- Faltblatt „Rehabilitierung von SED-Unrecht“
- Veranstaltungsplakat Stendal

Mitherausgeber/Druckkostenzuschüsse

Lebenserinnerungen Osterburger Oberschüler 1948–1952. Herkunft – Prägungen – Berufswege (Prof. Dr. Gustav-Adolf Biewald, St.-Jacob-Str. 27, 07743 Jena [Selbstverlag])

4.2. Filmprojekt „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“

Dieser Dokumentarfilm erzählt die Geschichte einer jungen Frau, die 1947 von einem Sowjetischen Militärtribunal – nach einem durch Folter erpressten falschen Geständnis – unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Später wurde das Urteil in 15 Jahre Haft umgewandelt, die sie vollständig in Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR verbringen musste. Dieses Schicksal steht stellvertretend für tausende von Jugendlichen und Erwachsenen, die der Willkür sowjetischer Justizorgane in der SBZ zum Opfer fielen. Ohne ihr Schicksal ist weder die spätere Geschichte der SED-Diktatur zu verstehen noch eine Auseinandersetzung mit den Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert möglich. Der Film wird für Veranstaltungen der historisch-politischen Bildung und die Gedenkstättenarbeit zur Verfügung stehen. Im Rahmen von lokalen Premieren ist bereits an zwei Orten auf den Film aufmerksam gemacht worden. Der Film entstand in Kooperation der Behörde des Landesbeauftragten mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und wurde gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung und unterstützt von der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale). Die filmtechnische Seite wurde von der Firma „blende39“ durchgeführt. Die Konzeption einer Unterrichtseinheit auf der Grundlage dieses Films als Projekttag für Schulen ist in Vorbereitung.

4.3. Bundeskongress „Widerstand gegen den Kommunismus“

Unter diesem Thema fand vom 15. bis 17. Juni 2007 in Görlitz die elfte gemeinsame bundesweite Veranstaltung aller Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen statt.

An der Veranstaltung nahmen neben ca. 190 Teilnehmern aus ganz Deutschland wieder Gäste aus Ländern des ehemaligen Ostblocks teil, unter anderem Dr. Kazimierz Wóycicki (Direktor des Instituts für nationales Gedenken (IPN), Szczecin/Stettin), Prof. Dr. Vilém Prečan (Tschechoslowakisches Dokumentationszentrum Prag), und Dr. Dariusz Wojtaszyn (Willy-Brandt-Zentrum Wrocław/Breslau).

Neben den internationalen Erfahrungen wurde auch die Arbeit der Verbände in Deutschland geschildert. Eine Kranzniederlegung am Görlitzer Postplatz am 17. Juni zum 54. Jahrestag des Volksaufstandes schloss die Veranstaltung ab.

Nähere Informationen können dem Tagungsband entnommen werden, der in der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten zusammengestellt wurde und dort kostenlos erhältlich ist.

Der nächste Kongress wird am 19. April 2008 in Berlin stattfinden.

4.4. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

11.01.2007	Halle	Vortrag Dr. Joachim Gauck „15 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz“. Gemeinsam mit der BStU, Außenstelle Halle
23.01.2007	Halle	Vortrag Dr. Erhart Neubert „Antifaschismus als Selbstreinigung“, in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“
07.02.2007	Hannover	Ausstellungseröffnung „Von Deutschland nach Deutschland – Flucht und Ausreise aus der SBZ/DDR 1945–1989“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und dem Kurt-Schwitters-Gymnasium Hannover
08.03.2007	Marienborn	Ausstellungseröffnung „Gefährliche Machwerke – Zeitschriften und Bücher der DDR-Opposition“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Marienborn und der TLStU
08.03.2007	Halle	Lesung „Die Insel“. Gemeinsam mit der BStU, Außenstelle Halle
10.04.–10.07.2007	Halle	Vortragsreihe „Vom Verlies zum modernen Hochsicherheitstrakt“ (7 Vorträge). Gemeinsam mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“
26.04.2007	Magdeburg	Ausstellungseröffnung „Perm 36“. Gemeinsam mit dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt
27.04.2007	Magdeburg	Veranstaltung „Oral history im Spannungsfeld zwischen Forschung und politischer Bildung“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
01.–03.06.2007	Osterburg	11. Sachsen-Anhalt-Tag, zugleich 850. Stadtjubiläum: Präsentationsstand mit Informationsmaterial und Publikationen. Gemeinsam mit BStU, Außenstellen Magdeburg und Halle und Verfolgtenverbänden
04.06.2007	Halle	Halle-Forum „Abschaffung der Todesstrafe in der DDR 1987“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“
06.06.2007	Magdeburg	Ausstellungseröffnung „innen – außen – weg. Fotografien 1977–1983“. Gemeinsam mit dem Schulverein des Hegel-Gymnasiums
16.06.2007	Droßdorf	Oskar-Brüsewitz-Gedächtnis-Wanderung. Gemeinsam mit der Gemeinde Droßdorf
21.06.2007	Magdeburg	Veranstaltung „Zur sozialen Situation von ehemaligen politischen Häftlingen der SBZ/DDR heute: welche Auswirkungen hat die Opferpension?“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
17.07.2007	Marienborn	Ausstellungseröffnung „Stasi – Secret Rooms – Geheime Räume“. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Marienborn

02.–03.10.2007	Schwerin	Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit: Präsentationsstand mit Informationsmaterial und Publikationen. Gemeinsam mit den anderen LStU
04.10.2007	Halle	Vortrag Dr. Hans-Georg Wieck „Die Einschätzung der DDR durch den BND in den Jahren 1985–1990“, in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“
12.10.2007	Magdeburg	Ausstellungseröffnung „Bleib erschütterbar und widersteh! – 20 Jahre ‚Klewitzstrasse‘ – Schließung im Frühjahr 1987 in Magdeburg“
30.10.2007	Magdeburg	Premiere des Dokumentarfilms „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“ von blende39 in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und dem Kulturhistorischen Museum Magdeburg
06.11.2007	Halle	Premiere des Dokumentarfilms „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“ von blende39 in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
17.11.2007	Magdeburg	Gedenkveranstaltung der VOS „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“

Zusätzlich wurden Vorträge des Landesbeauftragten zur Arbeit der Behörde und zu einzelnen Fragen der Aufarbeitung oder Grußworte in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen auf verschiedenen Podiums- und Vortragsveranstaltungen gehalten, u. a.:

16.03.2007	Eisleben	Ausstellungseröffnung „Freiheit für meine Akte“ in der Landkreisverwaltung Mansfelder Land in Lutherstadt Eisleben
04.04.2007	Merseburg	Ausstellungseröffnung „Freiheit für meine Akte“ in der Kreisverwaltung Merseburg-Querfurt im Schloss Merseburg
15.05.2007	Weißenfels	Ausstellungseröffnung „Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Industrieregion“ im Rathaus der Stadt Weißenfels
16.05.2007	Quedlinburg	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Quedlinburg) im Rathaus der Stadt Quedlinburg
04.06.2007	Wernigerode	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Wernigerode) in der Kreissparkasse Wernigerode
13.08.2007	Hötensleben	Kranzniederlegung
23.08.2007	Haldensleben	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Haldensleben) im Hauptverwaltungsgebäude des Landkreises Börde
31.08.2007	Wittenberg	Ausstellungseröffnung „Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Industrieregion“ im Neuen Rathaus der Lutherstadt Wittenberg

06.09.2007	Bernburg	Ausstellungseröffnung „Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen“ in der Sparkasse Elbe-Saale in Bernburg (Saale)
07.09.2007	Halberstadt	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Halberstadt) in der Kreissparkasse Halberstadt
13.09.2007	Halle	Ausstellungseröffnung „Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Industrieregion“ im Technischen Rathaus der Stadt Halle (Saale)
20.09.2007	Sangerhausen	Ausstellungseröffnung „Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen“ im Landratsamt Mansfeld-Südharz in Sangerhausen
24.09.2007	Burg	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Burg) im Burger Roland-Gymnasium
26.09.2007	Hannover	Einführungsveranstaltung zum Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Fragen zur Opferrente) für HHG-Behörden des Landes Niedersachsen
27.09.2007	Köthen	Ausstellungseröffnung „Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen“ im Landratsamt Anhalt-Bitterfeld in Köthen (Anhalt)
01.10.2007	Naumburg	Ausstellungseröffnung „Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Industrieregion“ im Landratsamt des Burgenlandkreises
11.10.2007	Salzwedel	Ausstellungseröffnung „Wir sind überall ...“ (mit dem Schwerpunkt Salzwedel) im Landratsamt des Altmarkkreises Salzwedel
12.10.2007	Dessau-Roßl.	Ausstellungseröffnung „Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen“ im Rathaus der Stadt Dessau-Roßlau
07.11.2007	Magdeburg	Pressekonferenz zum Thema „15 Jahre Rehabilitation von Verfolgten des SED-Regimes“
17.11.2007	Magdeburg	Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Moritzplatz

4.5. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Multiplikatoren, Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befasste Behörden versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit totalitärer Herrschaft und den Folgen für die Einzelnen beschäftigen sowie Hinweise auf Ausstellungen und Hörfunk- sowie Fernsehprogramme. Er ist nach wie vor das einzige Informationsblatt dieser Art, welches regelmäßig in Sachsen-Anhalt erscheint. Die Anzahl der Empfänger liegt gegenwärtig bei 279 (Auflage: 700, durch Auslage in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der politischen Bildung). Die Website des Landesbeauftragten enthält eine regelmäßig aktualisierte Fassung.

4.6. Bibliothek

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Der Bestand an Büchern und Faltblättern umfasste Ende August 2007 genau 3.005 Titel. Davon waren 891 Titel in mehreren (meist 2) Exemplaren vorhanden. Neuere Zahlen sind aufgrund einer Umstrukturierung nicht verfügbar.

Der Bestand ist in folgende Rubriken unterteilt:

DDR allg. – MfS – Politische Justiz / Haft in der SBZ/DDR – Kultur – Kirche – Bundesrepublik Deutschland (bis 1990) – Deutsche Teilung – „Wende“ – Vereinigtes Deutschland – Osteuropa – Nationalsozialismus – Veröffentlichungen der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten – Untersuchungsausschüsse – Gesetze – Sonstiges – DDR-Original-Literatur (u. a. Gesetzessammlungen sowie Zeitschrift „Neue Justiz“ 1976–1989).

Dazu kommen 80 Faltblätter, 50 Videos, 30 Audio-CDs und 13 Multimedia-CD-ROMs.

Von 94 verschiedenen Zeitschriften befinden sich Exemplare im Bestand. 17 Zeitschriften werden regelmäßig bezogen (u. a. „Deutschland-Archiv“ (Bestand fast vollständig ab 1978), „Freiheitsglocke“, „Gerbergasse 18“, „Horch und Guck“, „Der Stacheldraht“, „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“).

4.7. Internet

Seit Ende 1998 besteht ein Internetangebot des Landesbeauftragten.

Die seither bestehende Internet-Adresse lautet:

<http://www.landesbeauftragte.de>

Die Verwaltung dieser Adresse liegt beim Landesinformationszentrum, so dass das Internetangebot der Behörde im Landesangebot erreichbar ist unter:

<http://www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de>

Von der alten Internetadresse wird bis auf weiteres zur neuen umgeleitet.

Über E-Mail ist die Behörde weiterhin unter Beibehaltung der Schreibung unter der Adresse *info@landesbeauftragte.de* zu erreichen.

Weiterhin werden sämtliche erscheinenden Broschüren zum Download bereitgestellt, womit gegenwärtig 93 Broschüren und Dokumente als PDF zum Abruf verfügbar sind.

4.8. Medienarbeit

Eine wesentliche Öffentlichkeitswirkung der Behörde wird durch die Presse- und Medienarbeit im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Projektvorstellungen erreicht. Darüber hinaus gibt der Landesbeauftragte zu Themen der Diktaturaufarbeitung Presseerklärungen ab, macht Pressekonferenzen und gibt zu besonderen Themen Einzelinterviews.

Neben der alljährlichen Pressekonferenz zum Tätigkeitsbericht fand im November eine Pressekonferenz zur Umsetzung des Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes für die „Besondere Zuwendung“ (Opferrente) und das Ergebnis der Beratungskampagne 2007 statt. Die Pressekonferenzen wurden in den Räumen der Landespressekonferenz im Landtag abgehalten.

Die frühere IM-Tätigkeit des Präsidenten und anderer Präsidiumsmitglieder der Industrie- und Handelskammer Magdeburg führte zu einem großen Medienecho. In diesem Rahmen gab der Landesbeauftragte Presseerklärungen heraus und gab mehrere Interviews für Presse und Fernsehen.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnungen im Vorfeld von Beratungstagen wurden Interviews für die verschiedenen Regionalausgaben der Zeitungen Sachsen-Anhalts gegeben. Außerdem berichteten die Zeitungen über den Inhalt der Ausstellungen zum großen Teil sehr ausführlich in Wort und Bild.

In Vorbereitung des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution wurden mit den Chefredakteuren der drei großen Tageszeitungen Mitteldeutsche Zeitung, Volksstimme und Altmarkzeitung beraten, inwieweit dieses Ereignis durch die Medien aufgenommen und die Vorbereitung darauf unterstützt werden kann.

5. Zuwendungen der Behörde des Landesbeauftragten

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten in Sachsen-Anhalt durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Das gilt besonders auch für die Arbeit mit Jugendlichen. Sechzehn Jahre nach dem Ende der DDR haben diese keine eigenen DDR-Erfahrungen. Eltern und Bildungsträger sind in der Pflicht, ihnen ein angemessenes Bild der Verhältnisse zu vermitteln. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Aus diesem Grund müssen Bund, Länder und Kommunen diese wichtige Arbeit ideell und finanziell **langfristig** unterstützen. Die Arbeit der Vereine kann durch die Mitgliedsbeiträge nicht finanziert werden.

Das „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und das Beratungs- und Begegnungszentrum des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle wurden gemeinsam von der Landesbeauftragten, der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur im Berichtszeitraum gefördert.

Folgendes wird zur Arbeit der Einrichtungen berichtet:

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (BK): Dokumentationszentrum am Moritzplatz

Mit seiner Dauerausstellung, den zahlreichen Sonderausstellungen, der Bibliothek und der Videothek bietet diese Einrichtung die Möglichkeit zur Information über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ im Bezirk Magdeburg.

Sachbericht für den Zeitraum 1. Januar 2007 – 31. Dezember 2007

Im Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 wurden durchgeführt:

<i>Ausstellungen:</i>	<i>7</i>
<i>Vorträge</i>	<i>1</i>
<i>Lesungen:</i>	<i>9</i>
<i>Videovorführung</i>	<i>3</i>
<i>Durchführung einer Projektwoche</i>	<i>1</i>
<i>Verleih von eigenen Ausstellungen:</i>	<i>5</i>
<i>01.01.–31.01.2007</i>	<i>Ausstellung „Die gelenkte Frei-Zeit“ DDR- Lebenswelten in der Ära Honecker Archiv Bürgerbewegung Leipzig/ BK</i>
<i>25.01.2007</i>	<i>Lesung: Matthias Krauß „Der Wunderstaat –richtige Geschichten aus einem falschen Leben“ BK</i>
<i>01.02.–30.03.2007</i>	<i>Ausstellung: „All you need is beat“ Archiv Bürgerbewegung Leipzig</i>
<i>01.02.2007</i>	<i>Lesung: Yvonne Liebing „all you need is beat“ Forum Verlag Leipzig/ BK</i>
<i>19.04.2007</i>	<i>Lesung: Jochen Stern „Mimenkränze“ BK</i>
<i>01.04.– 30.06.2007</i>	<i>Ausstellung: „Akinro“ Wandlungen 1989 – 2005 Fotoausstellung Zonengrenzmuseum Helmstedt/BK</i>

- 26.04.2007 Lesung/ Projekttag : Regina Albrecht „Nur 180 Meter – Liebe im Schatten der Mauer“
Phylantropium Dessau/ BK
- 26.04.–27.06.2007 Ausstellung „GULAG“ Perm 36
GD/ BK
- 10.05.2007 Filmvorführung: Ralf Gründer „Strafgefangener 382 – vom Schicksal eines persischen Agenten in der DDR
BK
- 19.05.2007 Internationaler Museumstag
- 20.05.2007 Museumsnacht
BK
- 31.05.2007 Präsentation: Dr. Ulrich Mielke
Das Bezirkskrankenhaus Altstadt
BK
- 01.06.–03.06.2007 Sachsen-Anhalt Tag Osterburg
BK
- 28.06.–31.08.2007 Ausstellung: Jutta Rödling „Vergessenes Magdeburg“
BK
- 15.06.–17.06.2007 Tagung der Landesbeauftragten in Görlitz
- 01.08.–30.09.2007 Ausstellung „Bereits Gras über der deutsch deutschen Grenze“
Stiftung Aufarbeitung /BK
- 08.08.2007 Filmvorführung Ralf Gründer „Verboten“ Mauerkunst
BK
- 13.08.2007 Hörensleben Gedenkveranstaltung
- 10.09.2007 Vortrag und Filmvorführung „Aufnahmeheim Barby
Die DDR und ihre Zuziehende aus dem Westen“
BStU/BK
- 27.09.2007 Lesung: Sebastian Kranich „Erst auf Christus hören, dann auf die Genossen – Bausoldatenbriefe“ (siehe Text unten)
BK
- 01.10.–31.12.2007 Ausstellung: NKWD Lager „Zum Schweigen verurteilt“
Ausstellung des BK
- 24.10.2007 Lesung: Lutz Rathenow „Ost-Berlin“
Stadtbibliothek, BStU, BK
- 25.10.2007 Lesung: Günther Rehbein „Aufzeichnungen eines Überlebenden“
- 08.11.2007 Vortrag und Diskussion Ringo Wagner „Die Gesellschaft für Sport und Technik“
Lehrerfortbildung
GD/BK
- 06.12.2007 Lesung: Amanda Bohlken „Die dritte Dimension der Tränen
GD/BK

Veranstaltung mit Müller-Enbergs war ausgefallen wegen Erkrankung des Referenten

Sonderausstellungen des Bürgerkomitees 2007 im Verleih:

(Gesamtzahl Besucher: 13.000)

17.01.–05.04.2007	Ausstellung „Entrissene Heimat“ Zonengrenzmuseum Helmstedt (über 5.000 Besucher)
07.08.–Nov.2007	Ausstellung „Entrissene Heimat“ Grenzlandmuseum Schnackenburg (4.000 Besucher)
30.06.05–07.08.07	Ausstellung „Die Grenzöffnung und ihre Folgen“ Grenzlandmuseum Schnackenburg (4.000 Besucher)

Die statistischen Angaben zu den Besuchern wurden von den jeweiligen Einrichtungen getätigt.

Projektstage im Dokumentationszentrum: 22

Erwachsene	1
Auszubildende	3
Gymnasium	9
SEK	8
Uni	1

Besucherstatistik:

Für den Zeitraum 01.01.2007–31.12.2007 war ein Besucheraufkommen von 309 Gruppen = 5071 Personen plus 13000 aus den Sonderausstellungen

Erwachsene	93	1251
Berufsschule	77	1214
Gymnasium	50	1035
Sekundarschule	32	583
Bundeswehr	26	412
Pol.Stiftungen	16	282
Universität Magdeburg	12	224
IGS	3	70

„Bausoldatenbriefe“ im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees – Eine Lesung mit Sebastian Kranich

Sebastian Kranich (geb. 1969 in Dresden) wollte Theologie studieren. In der damaligen DDR hieß das, dass er seinen Armeedienst drei Jahre als Bausoldat abzudienen hat. Durch die Wende war es dann gut ein Jahr, dann konnte Sebastian Kranich 1990 sein Theologiestudium beginnen.

In der Zeit vom 1. November 1988 bis 15. Dezember 1989 hat der Autor an verschiedenen Standorten (Merseburg, Wolfen, Welzow) seinen Bausoldaten-Dienst verbracht. Den Briefwechsel mit Freunden und mit seiner späteren Frau hat er zu einem interessanten und anrührenden Buch verarbeitet. Am 27. September 2007 war Sebastian Kranich zu Gast im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. und hat vor einem gespannten Publikum gesprochen und vorgelesen. „Erst auf Christus hören, dann auf die Genossen“ hat Herr Kranich seinen Briefwechsel überschrieben.

Die Zuhörer haben von den Ängsten und der Gewissensnot junger Erwachsener erfahren, haben mit Herrn Kranich über Situationskomik gelacht und waren berührt von den Briefen, die er mit seiner Freundin austauschte. Authentisch wurde das Publikum noch einmal an den Umbruch in der DDR erinnert, hat mit dem Autor über Pazifismus und christlichen Glauben nachgedacht und war auch Zeuge einer Liebesgeschichte.

Die anschließende Diskussion wurde von mehreren Besuchern genutzt, um von ihren sehr verschiedenen Erfahrungen als ehemalige Bausoldaten zu erzählen.

Das von Sebastian Kranich handsignierte Buch „Erst auf Christus hören, dann auf die Genossen“ gehört jetzt auch zum Bestand der Bibliothek im Dokumentationszentrum und kann dort ausgeliehen werden.

Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte

Der Verein teilte für das Jahr 2007 folgendes aus seiner Arbeit mit:

Tätigkeitsbericht 2007 [Auszug]

Die Projektarbeit dieses Jahres wurde überschattet von Finanzierungsproblemen. Die vom LStU bewilligten Mittel für die Grundsicherung fielen um ein Viertel geringer als im Vorjahr aus und deckten nicht den Jahresbedarf. Anfang des Jahres gelangte darum ein „Aufruf zur Erhaltung der Arbeit des Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte in Halle / Saale“ mit 114 Unterschriften an die Öffentlichkeit (siehe Anlage 1), der mit der Bitte um Unterstützung auch an Landtagsfraktionen und zuständige Ministerien versandt wurde. Außerdem wurde ein weiterer Antrag auf Fördermittel bei der Gedenkstättenstiftung eingereicht.

Rüdiger Erben (Staatssekretär im Innenministerium und Vorsitzender des Gedenkstättenstiftungsrates), Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag und Mitglied im Gedenkstättenstiftungsrat) sowie Corinna Reinecke und Bernward Rothe (MdL und Vertreter der SPD im Gedenkstättenstiftungsrat) besuchten auf Einladung den Verein Zeit-Geschichte(n) und informierten sich vor Ort über die Arbeit und deren Finanzierungsprobleme. Weitere Unterstützung kam von den halleschen Landtagsabgeordneten Bernhard Bönisch, Thomas Felke und Marco Tullner sowie Ministerpräsident Prof. Wolfgang Böhmer.

Nach Gesprächen zwischen dem Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen (LStU), der Landeszentrale für politische Bildung und dem Ministerium des Innern schien eine Lösung gefunden. Dies jedenfalls teilte Staatssekretär Erben dem Verein im Schreiben vom 23.3.2007 mit. Der Antrag bei der Gedenkstättenstiftung sei damit hinfällig (siehe Anlage 2). Leider wurde diese Ankündigung nicht eingelöst.

Das Jahr 2007 endete für den Verein mit einem unverschuldeten Defizit von 10.800 €.

Das Geld musste aus den Rücklagen für Projektarbeit aus einer Sparkassenspende und den eigenen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen/Spenden (1.600 €) und Verkauf eigener Publikationen (1.500 €) genommen werden.

Trotz dieser Finanzsorgen konnten zwei neue Bücher aus vereinseigener Publikation ausgeliefert, ein vom Verein in Auftrag gegebener Dokumentarfilm erfolgreich zur Uraufführung gebracht und eine weitere schon im voraus ausverkaufte Vorstellung realisiert werden:

Bücher

Dr. Manfred Peters

WER IST WER? Die Rolle des MfS am Institut für Lehrerbildung Weißenfels

Hrsg. v. Verein Zeit-Geschichte(n) Halle, 2007

229 Seiten mit zahlr. Dok. als Fks.

ISBN 3-9808120-6-5

Hundertundein STOLPERSTEIN in Halle an der Saale

hrsg. v. Verein Zeit-Geschichte(n) Halle, 2007

94 Seiten mit zahlr. Fotos, Namenregister und Straßenverzeichnis

ISBN 3-9808120-8-1

Dokumentarfilm

Juden in Halle

Dokumentarfilm von Marlies und Andreas Splett, 2007, 45 Minuten, produziert im Auftrag des Vereins Zeit-Geschichte(n) mit Unterstützung von Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Lotto-Toto GmbH und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt.

Der Film gibt anhand von Archivmaterial und Interviews einen Überblick über die fast 1000jährige Geschichte jüdischen Lebens in Halle. Prof. Max Schwab und Josef Kahlberg gehören zu den Wenigen, die der mörderischen Verfolgung der Nationalsozialisten entgingen. Sie berichten in dem Film über die Vertreibung und Vernichtung hallescher Juden, aber auch von der Hilfsbereitschaft einzelner Hallenser. Gudrun Goeseke verhinderte in der DDR die Vernichtung des Archivs der Jüdischen Gemeinde und unterstützt heute die Recherchen zu den STOLPERSTEINEN für Halle.

In einem weiteren Projekt wurde der Dokumentarfilm als dreisprachige DVD produziert:

DVD

Juden in Halle

Dokumentarfilm von Marlies und Andreas Splett, 2007, 45 Minuten, als DVD in deutscher, englischer und russischer Sprache in PAL und NCSC (für USA).

Die russische Sprachfassung soll den jetzigen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Halle einen Zugang zur Geschichte ihrer Gemeinde eröffnen. Die englischsprachige Fassung ist den Nachkommen der ermordeten und vertriebenen Juden gewidmet, die heute meist in Israel und den USA leben.

Veranstaltungen

„Antifaschismus“ – Schein und Wirklichkeit

Buchpräsentation und Lesung mit dem Historiker **Dr. Frank Hirschinger**

Antifaschismus als Selbstentschuldung – Vortrag von **Ehrhart Neubert**

In LEIPZIG am 22.1.2007, Museum in der „Runden Ecke“

In HALLE am 23.1.2007, Gedenkstätte ROTER OCHSE

In den Vereinsräumen fanden folgende öffentlich angekündigte Veranstaltungen statt:

- Der Historiker **Dr. Frank Hirschinger** sprach über **nationalsozialistische Euthanasieverbrechen** unter besonderer Berücksichtigung der Landesheilanstalt Altscherbitz bei Leipzig.
- Der Historiker **Dr. Udo Grashoff** untersuchte in seinem Vortrag Parallelen und Unterschiede zwischen den politisch motivierten Selbstverbrennungen von Oskar Brüsewitz am 18.8.1976 in Zeitz und Hartmut Gründler am 16.11.1977 in Hamburg.
- Der angehende Historiker **Sebastian Stude** stellte seine Magisterarbeit über den **Herbst 1989 in Halle** vor, in der den Versuch macht, die halleschen Ereignisse in einen größeren Zusammenhang zu stellen und neue Erkenntnisse aus seinen Praktika im Ev.Kirchenkreis und der BStU einzubeziehen. In der anschließenden Diskussion wurde dem Autor von Akteuren und Zeitzeugen des 89er Herbstes in Halle in wesentlichen Aussagen seiner Arbeit widersprochen und Unterstützung für eine kritische Überarbeitung des Manuskriptes angeboten.
- Der Rundfunkjournalist **Tobias Barth** stellte ein sehr persönliches neues Projekt unter dem Titel **Klasse 11/7 – Wendeabiturienten und was aus ihnen wurde** vor. Was erinnern sie, was nicht? Eine Reise durch die Republik als imaginäres Klassentreffen, eine Spurensuche an der Spiegelkante der Biografien – denn sein Jahrgang lebte 2007 genauso lange im Westen, wie er vor 1989 im Osten gelebt hatte.
- Der Autor **Udo Scheer** stellte seine Biografie über Jürgen Fuchs vor: **Jürgen Fuchs – ein literarischer Weg in die Opposition** die in der Reihe „Inhaftiert in Berlin Hohenschönhausen“ erschienen ist. Jaron Verlag, ISBN 978-3-89773-573-6

STOLPERSTEINE

Im Mai und Dezember 2007 wurden weitere STOLPERSTEINE verlegt. Das sind Gedenksteine für in der Zeit des Nationalsozialismus ermordete Menschen – ein Kunstprojekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig, dem sich die Stadt Halle angeschlossen hat. Seit 2004 sammelt der Verein Zeit-Geschichte(n) die erforderlichen Spendengelder und organisiert die Verlegung der Steine.

Die Stadt Halle bekam 2007 Gelder aus dem Fond einer Initiative des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend:

Lokaler Aktionsplan – Hallianz für Vielfalt

- Im Rahmen des LAP konnten die bisher nur im Internet publizierten **Biografien zu den bisher 101 verlegten STOLPERSTEINEN** in einer Broschüre veröffentlicht werden (siehe auch oben BÜCHER).

- Unter dem Titel „**Die verschwundene Synagoge**“ wurden **drei öffentliche Stadtrundgänge** angeboten. Vom Markt ausgehend führte der Weg vorbei an STOLPERSTEINEN zu dem Ort, an dem einmal die Synagoge stand und der nur noch von wenigen Menschen gekannt wird, weil er in den 1980er Jahren im Rahmen des Abrisses kostbarer Altbausubstanz rücksichtslos mit DDR-Plattenbauten überbaut wurde. Die Rundgänge endeten mit einer Aufführung des neuen Dokumentarfilms „Juden in Halle“ im Saal des jüdischen Gemeindehauses. Die Rundgänge fanden eine so ungewöhnlich große Resonanz, dass sie 2008 fortgesetzt werden sollen.

- Diese Projekte wurden auch in einem Flyer veröffentlicht, den die Heinrich-Böll-Stiftung für den LAP unter dem Titel „**Aus der Geschichte lernen... Hallesche Spurensuche zu Nationalsozialismus und Holocaust**“ federführend zusammen stellte.

Beratung / Bibliothek / Archiv

In den Vereinsräumen fanden die monatlichen die Treffen des BSV, der Selbsthilfegruppe „Verfolgte der SED-Diktatur“ und über die Mitteldeutsche Zeitung angekündigte Beratungen für Geschädigte der SED-Diktatur statt, bei denen eine starke Nachfrage nach den Regelungen zur neu eingeführten Opferpension für ehemalige politische Häftlinge deutlich wurde.

Bibliothek und Archiv konnten öffentlich genutzt werden. Ebenso gaben wir Unterstützung bei Informationsbeschaffungen für Schulen, Medien und Forschende.

Gedenkstättenstiftungsbeirat

Im August 2007 wurde Heidi Bohley als Vertreterin des Vereins Zeit-Geschichte(n) in den Gedenkstättenstiftungsbeirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur berufen. Ihre dortige Tätigkeit beschränkte sich auf ein **Treffen des Beirats mit dem Mitglied des Stiftungsrates Gudrun Tiedge MdL-PDS** und ihrem Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert. Da sich der Versuch, die ehemalige Jugendstaatsanwältin der DDR zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen und so den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ehemaligen politischen Häftlingen und Stiftungsrat frei zu machen, als aussichtslos erwies, schloss sich die Vertreterin des Vereins Zeit-Geschichte(n) dem Boykott der Häftlingsorganisationen an und beteiligte sich an einem offenen Brief an alle Landtagsabgeordneten, in dem diese gebeten wurden, einen Weg zu suchen, wie die bereits als Fehler des Landtages eingestandene Wahl von Gudrun Tiedge rückgängig gemacht werden könnte.

In ihrer Funktion als Mitglied des Gedenkstättenstiftungsbeirats schrieb Heidi Bohley am 2. Oktober 2007 einen **Brief an den Evangelischen Bischof Axel Noack** und bat um Auskunft, wie sich die Evangelische Kirche zu den öffentlichen Äußerungen ihres Vertreters im Gedenkstättenstiftungsrat betr. der Kontoverse um Gudrun Tiedge stellt. Obwohl der Brief (siehe Anlage 3) drängende Fragen nach dem Verhältnis von Schuld, Vergebung und Reue behandelt, also auch theologisch wichtige Themen, blieb er ohne Antwort.

Tagungsteilnahme

31. Januar 2007, Berlin

Inszenierung, Wahrnehmung, Realität. Berlin 1987. Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution?

16.–18. Februar 2007, Berlin

Gedenken als gesellschaftliche Selbstfindung – Formen des öffentlichen Erinnerns an die Opfer politischer Gewalt

19. Februar 2007, Halle

Historisches Quartett – Was soll mit der DDR-Vergangenheit geschehen?

21.–23. März 2007, Prag

Charter 77: From the assertion of human rights to a democratic revolution 1977-1989

10./11. Mai 2007, Bautzen

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–89

5. Juni 2007, Berlin

Heimatlos und mundtot – „Umsiedler“ in der DDR und die Stasi

15.–17. Juni 2007, Görlitz

Widerstand gegen den Kommunismus – Teil der europäischen Freiheitsbewegungen

Anlage 1

Dezember 2006 / Januar 2007

AUFRUF zur Erhaltung der Arbeit des
Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte in Halle / Saale

Wir sind sehr besorgt, dass die Arbeit des Vereins Zeit-Geschichte(n) in Halle im kommenden Jahr gefährdet ist. Ohne erkennbaren Grund wurden soeben die finanziellen Zuwendungen für die Grundsicherung durch den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt um ein Drittel gekürzt. Die jetzt gewährte Summe sichert die Arbeit (die nicht ehrenamtlich übernommen werden kann) **nur noch bis August 2007.**

Die vielfältigen Vereinsprojekte - anzuschauen unter www.zeit-geschichten.de - sind dem engagierten Einsatz der Projektkoordinatorin Heidi Bohley zu verdanken, deren Leistungen Anfang des Jahres mit den Verleihungen des Bundesverdienstkreuzes und des Bürgerpreises der Stadt Halle „Der Esel, der auf Rosen geht“ gewürdigt wurden. In ihrer Dankesrede am 11. Januar 2006 im Palais am Fürstenwall in Magdeburg äußerte Frau Bohley eine jetzt einzulösende Bitte. Sie sagte u. a. :

„Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Böhmer, für die freundlichen Worte, die Sie über meine Arbeit gefunden haben und verbinde damit die Hoffnung, **dass diese Worte erinnert werden, wenn es um die weitere finanzielle Absicherung unserer Arbeit geht.** Konkret heißt das, wir hoffen, **dass die neu zu gründende Gedenkstättenstiftung eine Möglichkeit eröffnet, auch unserer Aufarbeitungsinitiative die Weiterarbeit zu ermöglichen.**“

Die Arbeit des Vereins Zeit-Geschichte(n) ist in ihrer Form einmalig in den neuen Bundesländern. Hervorgegangen aus bürgerschaftlichem Engagement während der friedlichen Revolution wurde ein überparteilich arbeitender Arbeitszusammenhang geschaffen, der das Programm und Ziel des Vereinsnamens „VEREIN FÜR ERLEBTE GESCHICHTE“ erfolgreich umgesetzt hat.

Dabei richtet sich der Blick immer auf das Schicksal und die Verantwortung des/der Einzelnen und die Frage, wie die b e i d e n deutschen Diktaturen funktionierten, wie sie hätten verhindert werden können, ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede und welche Lehren für die Zukunft zu ziehen sind. Damit betreibt der Verein Basisarbeit gegen Bedrohungen der Demokratie – von welcher Seite auch immer.

Sichtbare Ergebnisse der Vereinsarbeit (mit nur einer Angestellten!) sind:

- 88 Biografien im Nationalsozialismus ermordeter Hallenserinnen und Hallenser, derer mit Gedenksteinen – gedanklicher STOLPERSTEINE - vor ihren damaligen Wohnhäusern gedacht wird – einzusehen auf der Website des Vereins und geplant für ein Buch
- 12 Dokumentationen in Buchform - herausgegeben im Eigenverlag und als pdf-Dateien auf der Website abrufbar
- 3 Wanderausstellungen
- 3 Dokumentarfilme – erhältlich als DVD und VHS, ein vierter Dok-Film „Juden in Halle“ steht kurz vor der Fertigstellung
- Ausrichtung von und Beteiligung an zeithistorischen Tagungen
- Organisation eigener Veranstaltungen (Film/Lesung/Diskussion)
- Unterstützung von Forschungsarbeiten, Schülerprojekten und Medienrecherchen
- Beratung von Geschädigten der SED-Diktatur und Betreuung einer daraus hervorgegangenen Selbsthilfegruppe

Solche Initiativen sind vielen Städten zu wünschen, weil die Bedeutung dieser Arbeit weit über das Regionale hinausgeht. Im Sinne aufklärender politischer Bildungsarbeit wäre zu wünschen, dass diese lebendige, bürgernahe Geschichtswerkstatt beispielgebend auch für andere Bundesländer zunehmend unterstützt und nicht abgebaut wird!

Die Unterzeichner appellieren an alle Verantwortlichen in Sachsen-Anhalts Politik und Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass der Verein auch in der 2. Hälfte 2007 und darüber hinaus mit ausreichender finanzieller Absicherung weiterarbeiten kann.

Bertram Adler (Diplommusiklehrer)

Dr. Manfred Agethen (Wiss. Mitarbeiter KAS, St. Augustin)

Edda Ahrberg (Theologin, Cobbel)

Dietmar Anger (Pfarrer i.R., Halberstadt)

Hartwig Arps (Buchhändler, Weißenfels)

Thomas Auerbach (Leiter Außenstelle BStU, Schwerin)

Johannes Bachmann (Dipl.-Ingenieur, Halle)

Sibylle Bachmann (Sekretärin, Halle)

Ulrike Bajohr (Journalistin, DLF Köln)

Marc Bauder (Regisseur, Berlin)

Christoph Becker-Schaum (Archivar, Berlin)

Dr. Agnes Beleites (Ärztin, Halle)

Carl Beleites (Pfarrer i.R., Nordhausen)

Hermann Beleites (Dipl.-Physiker, Halle)

Johannes Beleites (Publizist, Berlin)

Wieland Berg (Wiss.Mitarbeiter, Halle)

Wolf Biermann (Dichter, Hamburg)

Harald Binder (Kreisvorsitzender BSV, Halle)

Hella Binder (Kartogr. Zeichnerin, Halle)

Marianne Birthler (Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen, Berlin)

Dr. Dieter Bock (Universitätslektor i.R., Halle)

Bernd Böhm (Schweißer, Halle)

Jutta Böhm (Zerspanungsfacharbeiterin, Halle)

Bärbel Bohley, (Malerin, Kroatien)

Karl Bohley (Mitarbeiter Senatsverwaltung, Berlin)

Prof. Dr. Peter Bohley (Biochemiker, Tübingen)
PD Marcel Boldorf (Historiker, Berlin)
Dr. Michael Büdke (Arzt, Halle)
Dr. Friedrich Busmann (Architekt/Stadtplaner, Beigeordneter Stadt Halle a.D., Bad Harzburg)
Bürgerkomitee Thüringen e.V. (Beratung politisch Verfolgter, Zella-Mehlis)
Gunter Demnig (Bildhauer, Köln)
Hans Joachim Döring (Beauftr. f. d. Kirchl. Entwicklungsdienst, Magdeburg)
Sibylle Dreher (Präsidentin Frauenverband im BdV, Berlin)
Anne Drescher (Beraterin beim LStU, Schwerin)
Prof. Dr. Rainer Eckert (Direktor Zeitgeschichtliches Forum, Leipzig)
Dr. Frank Eigenfeld (Geologe, Martin-Luther-Universität Halle)
Katrin Eigenfeld (Bibliothekarin, Rügen)
Matthias Erben (Musiker, Halle)
Frank Fischer (Dipl.Chemiker, Halle)
Dörte Franke (Regisseurin/Autorin, Berlin)
Uta Franke (Publizistin, Köln)
Dr. Bärbel Gafert (Historikerin, Berlin)
Katharina Gajdukowa (Wiss. Mitarbeiterin, Cölbe)
Gudrun Goeseke (Dipl.Philologin i.R., Halle)
Moritz Götze (Maler, Halle)
Wasja Götze (Maler, Halle)
Dr. Udo Grashoff (Historiker, Leipzig)
Christine Günther (Drogenbeauftragte, Halle)
André Gursky (Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE, Halle)
Gerold Hildebrand (Dipl. Sozialwissenschaftler, Berlin)
Helga Hirsch (freie Autorin, Berlin)
Dr. Frank Hirschinger (Musiker/Historiker, Halle)
Prof. Armin Hoeland (Jur. Fak., Martin-Luther-Universität Halle)
Tobias Hollitzer (Möbeltischler, Leipzig)
Dr. Renate Hürtgen (Berlin)
Michael Hugo (Geschäftsführer, Rostock)
Jürgen Jäcksch (Berufskraftfahrer, Halle)
Helen Jannsen (Verlegerin, Forum - Verlag Leipzig)
Constanze John (Dresden)
Steffi Kaiser (Grafikerin, Schkopau)
Dr. Tobias Kaiser (wiss. Mitarb. Histor. Inst. Friedr.-Schiller-Universität, Jena)
Joachim Kirchhoff (Verlagslektor i. R., Halle)
Christoph Kleemann (Pfarrer, Blankenhagen)
Helmut Kleine (Elektroingenieur)
Philine Kleine (Musikerin, Halle)
Freya Klier (Regisseurin/Autorin)
Uwe Koch (Pfarrer, Magdeburg)
Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk (Historiker, Berlin)
Christoph Kuhn (Autor, Halle)
Uwe Kulisch (Projektmanager, Jena)
Johannes Kunze (Sachgebietsleiter Kultur, Weißenfels)
Anne Kupke (Studentin, Leipzig)
Doris Liebermann (Publizistin, Berlin)
Eugen Manser (Pfarrer, Superintendent Halle)
Hanna Manser (Pfarrerin, Halle)

Georg Meusel (Journalist, Werdau)
Dr. Martin Mieke (Arzt, Berlin)
Dirk Moldt (Historiker, Redakteur Horch und Guck, Berlin)
Andreas Montag (Journalist, Halle)
Dr. Ehrhart Neubert (Publizist, Erfurt)
Birgit Neumann-Becker (PfarrerIn, Halle)
Maria Nooke (Soziologin, Berlin)
Ralf Oehme (Schriftsteller/Regisseur, Leipzig)
Rudi-Karl Pahnke (Theologe, Leiter des Instituts Neue Impulse e.V., Berlin)
Sebastian Pflugbeil (Physiker, Berlin)
Dr. Reinhard Piechocki (Biologe, Rügen)
Dr. Henning Pietzsch (Historiker, Berlin)
Benno Prieß (Autor, Calw)
Roland Quester (Leiter Umweltbibliothek, Leipzig)
Utz Rachowski (Autor, Reichenbach/Vogtland)
Lutz Rathenow (Autor, Berlin)
Manfred Rauner (Oberbürgermeister, Weißenfels)
Siegfried Reiprich (Geophysiker + Bildungsreferent, Berlin)
Steffi Rönnefarth (Archivarin, Berlin)
Prof. Dr. Martin Sabrow (Direktor Zentrum f. Zeithistorische Forschung, Potsdam)
Dr. Christian Sachse (Politikwissenschaftler, Berlin)
Dr. Iduna Sager (Polit. Bildungsarbeit Schwerin)
Wolfgang Schellenberg (Diplomingenieur, Halle)
Dr. Henning Schluß (Erziehungswissenschaftler Humboldt-Uni, Oranienburg)
Prof. Dr. Pia Schmid (Martin-Luther-Universität, Halle)
Jochen Schmidt (Politikwissenschaftler, Schwerin)
Werner Schulz (Ex-MdB, Berlin)
Gerda Schumann (Angestellte, Halle)
Prof. Dr. Max Schwab (Dipl.Geologe, Halle)
Helmut Seidel (Stahlbauschlosser, Halle)
Tom Sello (Mitarbeiter der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin)
Priv. Doz. Dr. Ulrike Serfling (Ärztin, Berlin)
Andreas Splett (Kameramann, Halle)
Marlies Splett (Regisseurin, Halle)
Michael Stognienko (Projektmanager, Berlin)
Wolfgang Templin (Publizist, Berlin)
Waltraud Thiele (Mitarbeiterin am Landesamt f. offene Vermögensfragen, Halle)
Simone Trieder (Autorin, Halle)
Wolfram Tschiche (Theologe, Klinken)
Edith Urban (Funkmechanikerin, Weißenfels)
A. Vechtel (Archivarin, Berlin)
Matthias Waschitschka (Logistiker, Halle)
Reinhard Weißhuhn (Referent bei der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin)
Prof. Manfred Wilke (Historiker und Publizist, FU Berlin)
Dr. Peter Willms (Jurist, Halle)
Volkhard Winkelmann (Lehrer i. R., Halle)
Klaus Winter (Ingenieur, Halle)
Peter Winzer (Dipl. Sozialpädagoge und Autor, Halle)
Jörg Wittmann (Archivar, Umweltbibliothek Großhennersdorf)

WOLF BIERMANN ...um diese Unterschrift muß mich keiner groß bitten, im Gegenteil: Es ist mein eigenes und unmittelbares Interesse, daß Euer Geschichtsverein in Halle an der Saale seine Arbeit unter besten Bedingungen weitermacht. Die hohen Beamten-Renten für MfS-Offiziere oder Staatspensionen für einige der schlimmsten Canaillen des alten Partei- und Staatsapparates in der Stadt Halle auch nur um ein Drittel gekürzt – das!! würde bei leeren Staatskassen bestimmt ausreichen, um Eure Geschichtsaufarbeitung ganz und gar zu finanzieren. Und wer diese alternaive Form der Geldbeschaffung vermeiden will, der muß sich eben in der Dienstzeit in seinem Dienstzimmer und durch Beratungen mit zuständigen Leuten eine andere Lösung ausdenken. Dafür wird er schließlich und sehr gut von unser aller Steuergelder bezahlt.

Es ist für jede Gesellschaft eine kluge Investition, wenn sie sich ihrer eigenen Vergangenheit bewusst wird – wie sonst sollten wir eine demokratische Zukunft haben. Es gibt nur zwei Sorten von Menschen, die das nicht begreifen: die flott gewendeten Erben der Nomenklatura aus den Zeiten der Diktatur und die geschichtsblinden West-Importe in der provinziellen Bürokratie.

Ich möchte unbedingt - und womöglich mit Eurer Hilfe - wissen, wie wir doch noch den unauffindbaren Schlosser Lutz Meißner (geb. 1949) finden, der nach meiner Ausbürgerung 1976 in Halle mit blauer Farbe in 80 cm großen Buchstaben die Losung **BIERMANN HAT RE** geschrieben hat, und der wenige Jahre danach leider erwischt wurde, in Halle-Neustadt, beim Flugblätterverteilen. Dieser tapfere Mensch hat dann bezahlt mit einer Haftstrafe von 5 ½ (!!!) Jahren VEB- Knast. Der Mann muß doch irgendwie zu finden sein, wenn er noch lebt.

Also setze bitte meine Unterschrift unter Euren Aufruf – ich kann mir das leisten, denn ich bin weißgott nie ein chronischer Unterschriftsteller gewesen, der jeden alterna-iven Wisch unterschreibt. Und ich muß es tun: allein schon aus Selbstachtung.

Außerdem wuchs meine geliebte Oma Meume („O Gott, laß DU den Kommunismus siegn...“) in den Franckeschen Stiftungen auf, in Halle an der Saale. Und ihr Vater liegt auf dem Selbstmörderfriedhof vor der Stadt in der Heide bei Giebichenstein im Grab Nr 48. Und mein Großvater Karl Dietrich hat dort in der Schmiede-Lehre durch glühende Stahlspäne sein eines Auge verloren. Und ich bin in Hamburg Hammerbrook mit zwei Fremdsprachen aufgewachsen: mit dem dreckschen Hallenser Sächsisch aus dem geliebten Mund meiner Oma Meume und mit dem Plattdeutsch der Hafenarbeiter.

Wenn wir kein Bewußtsein für die Geschichte der eigenen Familie haben und auch kein Geschichtsbewußtsein für das eigene Volk, dann sind wir doch elende Würmer. Also: Macht Eure Arbeit weiter! Ich jedenfalls werde mich nicht stumm verzagt damit abfinden, wenn Ihr da in Halle demnächst kalt abgewickelt werdet.

Wolf Biermann in Altona am 6. 12. 06

WERNER SCHULZ - Ex-MdB

... Alle Debatten über Patriotismus, Leitkultur usw. können wir uns sparen oder werden verlogen, wenn eine solche Geschichtswerkstatt nicht weiterarbeiten könnte. Denn woher soll denn Geschichtsbewußtsein kommen, wenn es nicht auch im "Kleinen" in der unmittelbaren Umgebung der Kommune nachvollziehbar aufgearbeitet wird.

PROF. MAX SCHWAB

... ich missbillige die finanzielle Benachteiligung des Vereins für Zeitgeschichte(n) auf das Nachdrücklichste. In einer Periode, in welcher in der Gesellschaft ein Rechtsdrall deutlich spürbar ist, kann ich nur mein Unverständnis gegenüber den für die Maßnahme Verantwortlichen äußern. Ich erwarte einen sachgerechten, den Realitäten geschuldeten Umgang mit dem Zeitgeschichte-Verein und fordere eine Evaluierung des Vereins durch sachkompetente Vertreter der Landesregierung.

EUGEN MANSER

...es wäre ein Jammer und eine Schande für die Stadt Halle, wenn dem Verein Zeit-Geschichte die finanzielle Unterstützung und damit die Existenzmöglichkeit entzogen würde. Der Verein ist für das soziale Klima in der Stadt ebenso wichtig wie die finanziellen Transferleistungen aus den Altbundesländern!

Anlage 2

Zeit-Geschichte(n) e. V.
Verein für erlebte Geschichte
Große Ulrichstraße 51
06108 Halle (Saale)

Sehr geehrter Herr Kupke,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. Februar 2007, mit dem Sie die Gewährung einer Zuwendung für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit Ihres Vereins für das Jahr 2007 beantragt haben.
Ich hatte Ihnen bereits anlässlich meines Besuches am 16. Januar 2007 zugesagt, mich für eine Lösung Ihrer finanziellen Probleme, die den Fortbestand Ihres Vereins ernstlich gefährden, einzusetzen. Ich freue mich daher, Ihnen heute mitteilen zu können, dass es in intensiven Gesprächen zwischen dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU), der Landeszentrale für politische Bildung und meinem Haus gelungen ist, den Fortbestand Ihres Vereins bis zum 31. Dezember 2007 finanziell abzusichern. Hierfür ist vorgesehen, dass die Ihnen bisher vom LStU gewährte Teilförderung entsprechend aufgestockt wird. Wegen der Abänderung des gegenwärtig bestehenden Förderbescheides wird der LStU sich in Kürze mit Ihnen in Verbindung setzen.
Ihre bei mir gestellten Förderanträge vom 20. Februar 2007 betrachte ich damit als erledigt. Ich bin angesichts des erzielten Ergebnisses zuversichtlich, dass es auch künftig gelingen wird, den Fortbestand Ihres Vereins finanziell abzusichern, und wünsche Ihnen für Ihre weitere Arbeit viel Erfolg.
Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rüdiger Erben

Anlage 3

An den
Bischof der Evangelischen Kirche
der Kirchenprovinz Sachsen
Axel Noack

PF 1424
39004 Magdeburg

Halle, den 2. Oktober 2007

Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt

Lieber Axel Noack,

als Mitglied des Gedenkstättenbeirats für die Zeit der SBZ/DDR bin ich sozusagen eine Kollegin von Herrn Steinhäuser, der die Evangelische Kirche im Beirat für die Zeit der NS-Diktatur vertritt.

Bedauerlicherweise wurde im Gedenkstättenstiftungsgesetz die Trennung in zwei Beiräte festgeschrieben, sodass ich noch keine Gelegenheit hatte, den Beauftragten der Evangelischen Kirche persönlich kennenzulernen. Wir hatten bei der Anhörung zum Gesetzentwurf für einen gemeinsamen Beirat plädiert, denn in der praktischen Arbeit sind wir ständig mit den Auswirkungen beider Diktaturen konfrontiert und alle damit zusammenhängenden Probleme sollten in einem gemeinsamen Gremium behandelt werden können. Diese Trennung bringt es nun auch mit sich, dass der Ev. Kirche der Zeitraum vor 1945 und der katholischen Kirche der nach 1945 zur „Beratung“ anvertraut ist. Etwas absurd, nicht wahr? Hat man eine Münze geworfen oder wie kam diese Aufteilung zustande?

Nun zu meinem Anliegen:

Ich bin, wie viele andere auch, befremdet von dem Inhalt eines Leserbriefs des Beauftragten der Ev. Kirche in der Volksstimme vom 24.7.2007 und hatte jetzt Gelegenheit, einen Brief vom 11.9.2007 zu lesen, den Sie an Christiane Gumpert auf eine entsprechende Anfrage geschrieben haben. Mir scheint Ihr Hinweis, der Leserbrief von Herrn Steinhäuser sei „mehr als seine Privatmeinung“, aber auch „keine offizielle Stellungnahme der Kirche“ so deutbar, dass ein offizieller Standpunkt der Evangelischen Kirche noch nicht gefunden ist und es Sinn hat, noch etwas zu den Hintergründen zu sagen:

Sie sprechen von Schuld, Reue und Vergebung. Ich vermisse die Kategorie der Verantwortung.

Der reuige Sünder wird Vergebung seiner Schuld durch Gott (so er an ihn glaubt) als Gnade erbitten können - das bliebe aber einem seelsorgerlichen Vorgang vorbehalten, der bei der Besetzung eines politischen Gremiums nicht zur Diskussion steht.

Hier geht es um Verantwortung und Vertrauen.

Eine Staatsanwältin der DDR hatte die Aufgabe, an hervorgehobener Stelle die Bestrafung von politisch Andersdenkenden durchzusetzen. Dazu wurde sie nicht gezwungen, diese Karriere hat sie selbst gewählt und dafür trägt sie, wie immer sie heute darüber denkt, die Verantwortung. Sie hat ein System vertreten, das in den Gefängnissen seine politischen Gegner in einen Zustand absoluten Ausgeliefertseins versetzte und sie mit Hilfe methodisch angewandter „operativer Psychologie“ zersetzte, d.h. fertig machen wollte. Viele ehemalige Häftlinge leiden lebenslanglich an den dabei erlittenen Traumatisierungen.

Wie wir wissen, sind die politischen Häftlinge zwar rehabilitiert worden, aber die Mittel des Rechtsstaates reichten nicht aus, die Verursacher der Unrechtsurteile juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Als Ausgleich soll in Gedenkstätten das erlittene Unrecht dokumentiert und der Opfer gedacht werden.

Wen kann man mit einer solchen Aufgabe betrauen? Doch sicherlich nur Menschen, die das Vertrauen der ehemals Gedeemütigten beanspruchen können und nicht einen Menschen, der erheblich dazu beigetragen hat, dass dieses Gedenken überhaupt erst notwendig wurde.

Obwohl Frau Tiedge diese Voraussetzungen nicht erfüllt, wurde sie von der PDS vorgeschlagen und vom Landtag in die Funktion eines Stiftungsratsmitglieds gewählt – eine Entscheidung, die inzwischen von den Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD öffentlich bedauert wird. Herr Scharf nennt es ein „Versehen“ und Frau Budde fordert den Rücktritt von Frau Tiedge.

Frau Tiedge selbst sieht dazu keinerlei Anlass. Sie beruft sich auf die Abstimmung im Landtag.

Ich hatte die Gelegenheit an einem Gespräch teilzunehmen, das der Beirat SBZ/DDR mit Frau Tiedge und Herrn Gallert zu dieser Problematik führte. Anders als Herr Steinhäuser, der den Eindruck gewann, dass sich Frau Tiedge „offen und ehrlich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzt“, war in diesem Gespräch davon nichts zu spüren: Sie habe eine gute Arbeit als Staatsanwältin geleistet, sagte sie und, die Gesetze, denen sie zu folgen hatte, seien schlecht gewesen, das aber habe nicht sie zu verantworten und dagegen habe sie auch nichts tun können.

In dieser Runde kam von ihr kein Wort des Bedauerns gegenüber den anwesenden Vertretern der Häftlingsorganisationen, auch keine Bitte um Vertrauen. Der PDS-Fraktionsvorsitzende begründete ihre Eignung sogar damit, dass sie eine ganz spezielle DDR-Erfahrung in den Stiftungsrat einbringen könne.

Frau Tiedge empfiehlt sich selbst mit der Behauptung, sie hätte nach der Evaluierung durchaus in der Funktion als Staatsanwältin der Bundesrepublik arbeiten können, verhindert habe dies „nur“ ihre IM-Tätigkeit für das MfS. Dazu ist zu sagen:

- 1. Diese Behauptung ist nicht überprüfbar, da die Evaluierungsunterlagen aus Datenschutzgründen nicht öffentlich einsehbar sind. Einsehbar ist aber das Wortprotokoll der Landtagssitzung von 1998, in der die Abgeordneten Frau Tiedge als Vorsitzende des Rechtsausschusses abwählten, ein bis dahin einmaliger Vorgang in einem deutschen Parlament. Nachzulesen sind dort die triftigen Gründe, die ihrer Arbeit in dieser Funktion entgegen stehen, Gründe, die auch für das Amt im Gedenkstättenrat gelten.*
- 2. Was für eine zynische Argumentation: sie führt den Tatbestand ihrer IM-Tätigkeit als Entlastung an!*
- 3. Der Gesetzgeber schreibt die Überprüfung durch die BStU als Voraussetzung für eine Mitarbeit in den Beiräten vor. Hier wäre ihr eine Mitarbeit per Gesetz verwehrt. Da im Gesetz aber eine Aussage zur Überprüfung im Rat fehlt, wird es möglich, dass die unteren Gremien überprüft werden, während im übergeordneten Rat alle relevanten Entscheidungen von einer IM mitbestimmt werden können – ein Fehler im Gesetz!*

Im Leserbrief ist vom „Respekt vor demokratisch getroffenen Entscheidungen“ die Rede. Der ist gut und notwendig, aber eine lebendige Demokratie braucht auch Opposition und Widerspruch.

Da wir es hier mit einem fehlerhaften Gesetz, einer missglückten Abstimmung und einer kühl kalkulierenden Interessenvertretung der ehemaligen Täter zu tun haben, ist Widerspruch legitim und notwendig. Der Beirat hat wenig Spielraum, sich gegen diese Zumutungen zu wehren. Er protestiert, indem er seine Mitarbeit einstellt und macht damit deutlich, dass in der gegenwärtigen Konstellation eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht möglich ist. Verursacher dieser Situation ist nicht der Protest der Verfolgtenverbände, sondern der Landtag, der die Personalie Tiedge bestätigt hat. Die Abgeordneten sind uns eine Erklärung schuldig, weshalb sich für sie die „Grenze der Zumutbarkeit“, zu deren Wahrung sie gegenüber den Verfolgten verpflichtet seien (o-Ton 1998), derartig verschoben hat.

Herr Steinhäuser spricht von „Vorbehalten“ der Verfolgtenverbände gegen Frau Tiedge, die sie „zurückstellen“ sollen. Würde er diesen milden Sprachgebrauch auch wählen, wenn es sich um Verfolgte der NS-Diktatur und einen Anklagevertreter der NS-Justiz handeln würde? Würde die Evangelische Kirche (entgegen dem Votum der Verfolgten) einem solchen Funktionsträger gegenüber ihre „Vorbehalte zurückstellen“ wollen?

Es muss erlaubt sein, diese Frage zu stellen, weil sie eine grundlegende Voraussetzung für die Arbeit der Gedenkstättenstiftung berührt:

Die Unterschiede der beiden Diktaturen müssen dokumentiert und die Verantwortlichkeiten herausgearbeitet werden. Die Opfer aber haben Anspruch auf den gleichen Respekt. Der darf sich nicht danach richten, von wem sie verfolgt wurden.

Darum bitte ich Sie, noch einmal Ursache und Wirkung zu bedenken, wenn sich ein Beauftragter der Evangelischen Kirche öffentlich äußert.

Vielleicht hätte vor einer Zeitungsmeldung ein vertrauensvolles Gespräch mit den ehemals Verfolgten stehen sollen, um die es hier in erster Linie geht, denen man nicht mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen kann, wenn sie ihre berechtigten Forderungen öffentlich machen, zumal sie oft gerade wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Demokratie verfolgt wurden!

Aber es ist ja noch nicht zu spät und vielleicht kann mein Brief dazu beitragen, dass auch die Verfolgten der kommunistischen Diktatur mit der Unterstützung der Evangelischen Kirche rechnen können – auch wenn deren Vertreter in einem anderen Beirat sitzt.

*Mit herzlichem Gruß
Ihre*

Heidi Bohley

Die gemeinsame Veranstaltung der Verfolgtenverbände VOS und BSV **„Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“** wurde im Herbst in Magdeburg durchgeführt. Diese Veranstaltungen beinhalteten ein Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (mit einer Kranzniederlegung), die Vermittlung von Informationen zu aktuellen Problemen und einen Erfahrungsaustausch untereinander. Sie dienen darüber hinaus der gegenseitigen Stärkung. Der Landesbeauftragte beteiligte sich an den Gedenkveranstaltungen mit Informationen über seine Arbeit und Gesprächsangeboten.

Gemeinsame Busfahrten, u. a. alljährlich zur Gedenkveranstaltung an die Opfer der innerdeutschen Teilung am 13. August zum Grenzdenkmal Hötensleben und an weitere Orte, dienen der Information und helfen bei der Bewältigung der Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft.

Finanzielle Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich im Berichtszeitraum an der finanziellen Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt beteiligt:

Einzelplan: 11

Kapitel: 1114 Haushalt des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Titel: 685 11 Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung

Haushaltsansatz: 2007: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./3/2007 Fotoausstellung Jutta Rödling	2.000,00 €
Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle (Saale)	1.9.5./3/2007 Herbst 89, eine wissenschaftliche Studie	1.000,00 €
Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle (Saale)	1.9.5./2/2007 Broschüre über das MfS am Lehrerfortbildungsinstitut in Weißenfels	5.475,80 €
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.	1.9.6./1/2007 Beteiligung am internationalen Workcamp 2007 in Hötensleben	2.500,00 €
Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. / Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	1.9.3./1/2006 (Ergänzungsantrag 2007) Projekt : Die von der Besatzungsmacht zum Tode verurteilten Menschen aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen	1.000,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./5/2007 Gedenkveranstaltungen in Magdeburg, Halberstadt, Wernigerode und Querfurt und Beratung und Betreuung in den Ortsgruppen	3.725,05 €
Summe		15.700,85 €
Rest		2.699,15 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz: 2007: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./4/2007 Teilnahme an der Gedenkveranstaltung am 13.08.2007 in Hötensleben	650,00 €

Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. / Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	1.9.3./1/2006 Projekt : Die von der Besatzungsmacht zum Tode verurteilten Menschen aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen	4.500,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./3/2007 Gedenkveranstaltungen in Halle, Eisleben und Wittenberg und Beratung und Betreuung in den Ortsgruppen	5.400,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./1/2007 Bustagesfahrt mit Opfern der SED-Diktatur zu einer Gedenkstätte in Thüringen und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	4.550,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./2/2007 Teilnahme am Bundeskongress der Landesbeauftragten in Görlitz (Bus und anteilige Teilnehmerbeiträge)	2.000,00 €
Summe		17.100,00 €
Rest		1.300,00 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

Titel: 685 52 Zuschüsse an Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt

Haushaltsansatz 2007: 101.100 €

Vereinigung	Projekt	Bewilligte Mittel
Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	1.9.5./1/2007 Beratungs- und Begegnungszentrum, Forschungszentrum und Bibliothek	37.161,00 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./1/2007 Teilprojekte im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg	53.939,00 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	1.9.2./2/2007 Filmklubbewegung in der DDR unter dem Einfluss des MfS	10.000,00 €
Summe		101.100,00 €
Rest:		0,00 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Bei den Projekten handelt es sich jeweils um eine anteilmäßige Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt. Der restliche Anteil der Kosten der Projekte wurde durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, durch Mittel von der Landeszentrale für politische Bildung und durch den Eigenanteil der Zuwendungsempfänger erbracht.

Die Restmittel in den einzelnen Titeln sind der nur 95% Freigabe des Haushalts in der Hauptgruppe 6 geschuldet und standen somit für Projekte nicht zur Verfügung.

6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

6.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich der Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Auf die Anfrage bei den Arbeitsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Landesarbeitsgericht in Halle 2 Fälle in zweiter Instanz mit, von denen 2007 eines durch Urteil entschieden wurde; an den Arbeitsgerichten (Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt, Naumburg und Stendal) wurden keine neuen Fälle mit MfS-Bezug anhängig.

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilten das Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg und die Verwaltungsgerichte Dessau-Roßlau, Halle und Magdeburg mit, sie bearbeiteten keine Fälle mehr.

6.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht (bundesweit)

Rente (Begrenzung der Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen):

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied am 5. Februar 2007 zum Aktenzeichen 19124/02: Zur Frage der überlangen Verfahrensdauer bei der Anerkennung einer Zuwendung an eine ehem. Balletttänzerin des EWE (Teil der NVA) durch das Verteidigungsministerium. (Klage Sozialgericht 2.12.1992, Verweisung an Arbeitsgericht 13.1.1995, Nichtzulassung Bundesarbeitsgericht 26.1.1999, Verfassungsbeschwerde 8.11.1998, Nichtannahmebeschluss 4.7.2002, Individualbeschwerde 1.5.2002): Art. 6 verletzt (6(?) Jahre sind zu lang); Art. 13 verletzt (kein Rechtsbehelf gegen überlange Verfahrensdauer beim Bundesverfassungsgericht!)

Rehabilitierung:

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 26. Juli 2006 zum Aktenzeichen 1 Ws Reha 24/06: Bei Angehörigen der NVA-Grenztruppen ist eine Verurteilung wegen Fahnenflucht nicht generell zu rehabilitieren, sondern immer nur dann, wenn der Grund für die Fahnenflucht gerade in der gewissensgesteuerten Einstellung des Täters zu dem Auftrag der Grenztruppen lag, die Grenze i.S.d. damaligen Regimes zu „sichern“ und ungenehmigte Grenzüberschreitungen notfalls mit Waffengewalt zu verhindern. Teilrehabilitierung wegen Beeinträchtigung der Kampftechnik.

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 14. November 2006 zum Aktenzeichen 2 Ws (Reha) 19/06: Bei der nur teilweisen Rehabilitierung einer Freiheitsstrafe, die als (einheitliche) Hauptstrafe gem. § 64 StGB/DDR verhängt worden ist, muss die Höhe des auf den rechtsstaatswidrigen Schuldspruch entfallenden Strafanteils von den Rehabilitierungsgerichten unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen bestimmt werden, insbesondere den Ausführungen zur Strafzumessung im Urteil selbst, des Ablaufs des Strafverfahrens, soweit sich daraus eine Gewichtung der gegen den Betroffenen erhobenen Vorwürfe entnehmen lässt, der im Zeitpunkt der Verurteilung geltenden Strafraumen sowie der Erfahrungswerte bzgl. der für den aufgehobenen Schuldspruch in der ehem. DDR üblicherweise verhängten Strafen. [lebensnah, den Anteil des rechtsstaatswidrigen Schuldspruchs hoch zu bestimmen: 1 Jahr 2 Monate von 1 Jahr 8 Monaten bei vers. Republikflucht, nach U-Haft zusätzlich asoziales Verhalten, Verl. Unterhaltspflicht, Betrug]

Das Kammergericht entschied am 6. März 2007 zum Aktenzeichen 2/5 Ws 246/06 REHA: vorgehend LG Berlin, 20. Februar 2006, Az: (551 Rh) 3 Js 388/05 (192/05) Die Einweisung eines Jugendlichen durch DDR-Behörden in den Jugendwerkhof Gerswalde-Suckow (Uckermark) ist nicht grundsätzlich rechtsstaatswidrig (ebenso LG Berlin). Nach eigenen Angaben erfolgte die Einweisung wegen „Arbeitsbummelei“ und „strafbarer Handlungen“. Akten existieren nicht mehr. Etwas anderes gelte nur, wenn die Einweisung auch im Einzelfall sachfremden Zwecken gedient habe.

In diesem Beschluss erfolgten Ausführungen zur Sonderstellung des GJWH Torgau:

Der Beschluß des Senats vom 15. Dezember 2004 – 5 Ws 169/04 REHA – (ZOV 2005, 289 = NJ 2005, 469) ist keineswegs nur darauf gestützt, daß jeder Untergebrachte dort menschenunwürdig behandelt worden ist - also auf eine rein tatsächliche Betrachtungsweise, wie es die Generalstaatsanwaltschaft und ihr folgend das Landgericht mit der Formulierung, der Entscheidung des Senats liege eine „Behauptung“ zugrunde, anzunehmen scheinen. Dieser Umstand allein könnte auch nicht das Verdikt des Systemunrechts begründen, das dazu geführt hat, daß der Senat die Einweisung in diesen – und keinen anderen - Werkhof unter die rechtsstaatswidrigen Maßnahmen nach § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG eingeordnet hat. Menschenrechtswidrige Gewaltakte kamen ausweislich der neueren Forschung in Deutschland nicht nur in Jugendheimen der DDR vor; rechtsstaatswidrig waren sie dadurch noch nicht.

Vielmehr gründet sich die Sonderstellung Torgaus, die schon aus seiner in § 2 Abs. 3 der Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe gewählten exklusiven Stellung hervorgeht, auf seine Eigenschaft, dem staatlichen Plan zufolge allen anderen 53 Jugendwerkhöfen (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 der vorbezeichneten Anordnung) als übergeordnete Disziplinareinrichtung für diejenigen Jugendlichen zu dienen, die sich der Anpassung an das System verweigert hatten (§ 2 Abs. 3 Satz 1). Ausschließlich dieser Werkhof trug die Bezeichnung „Geschlossener Jugendwerkhof“ (GJWH). Nur für ihn hatte sich das Ministerium für Volksbildung die Zuweisungsentscheidung vorbehalten (§ 2 Abs. 3 Satz 4). Ein irgendwie geartetes Verfahren, in dem der Jugendliche – auch nur minimale - Rechte geltend machen konnte, fehlte. Die Überführung nach Torgau geschah ohne seine und seiner Eltern vorherige Benachrichtigung in einer Art „Nacht- und Nebel-Aktion“ (BA S. 11, 17 des vorbezeichneten Beschlusses). Die Unterbringung begann – unabhängig von dem Verhalten des Jugendlichen – stets mit einem dreitägigen Isolierungsarrest (BA S. 12). Hingegen hatte die Isolierung im Arrest in anderen Werkhöfen immer einen konkreten disziplinarischen Anlaß; vor ihrer Anordnung war „stets sorgfältig zu überlegen, welche Wirkung und Reaktion diese Maßnahme beim Minderjährigen auslösen wird“ (Anordnung über die zeitweilige Isolierung von Minderjährigen aus disziplinarischen Gründen in den Spezialheimen der Jugendhilfe vom 1. Dezember 1967). Wegen der gewollt besonderen Härte und Menschenverachtung der „Erziehung“ (BA S. 12 ff., 15) war der Aufenthalt ausschließlich in Torgau von vornherein auf sechs Monate begrenzt (§ 2 Abs. 3 Satz 3 der Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe).

Bezeichnend für den Sonderstatus ist es auch, daß nur diese Einrichtung am 3. November 1989 kurz vor der „Wende“ kurzerhand aufgelöst wurde und deren Insassen in die übrigen Jugendwerkhöfe, die zunächst bestehen blieben, zurückgeführt wurden. Gerade das Ineinandergreifen völliger rechtlicher und tatsächlicher Entmündigung des jungen Menschen in einer von den Machthabern gewollt als einsame Spitze der Jugenderziehungseinrichtungen konzipierten Zwangsanstalt rechtfertigt die fallunabhängige Bewertung der Einweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau als Systemunrecht.

Das Verwaltungsgericht Chemnitz entschied am 6. März 2007 zum Aktenzeichen 3 K 196/05: § 17 Abs. 1 StrRehaG hat abschließenden Charakter und verstößt nicht gegen die Rehabilitierungsregelung des Art. 17 EV. Unterschiede zwischen der Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 1 StrRehaG und der sog. Ehrenpension für Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus sind mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar. Gleiches gilt für Unterschiede gegenüber der Entschädigung gem. § 7 Abs. 3 StrEG für eine in der Bundesrepublik Deutschland zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung.

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 24. April 2007 zum Aktenzeichen 2 Ws (Reha) 3/07: Zum Begriff des „berechtigten Interesses“ i.S.d. § 7 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG. Eingetragener Verein darf keinen Reha.-Antrag für einen 1961 Verstorbenen stellen, wenn er nicht eine Vollmacht eines antragsberechtigten Angehörigen hat.

Rückübertragung und Entschädigung:

Das Verwaltungsgericht Chemnitz entschied am 26. Juli 2006 zum Aktenzeichen 1 K 1131/02: Art. 18 Abs. 1 Satz 1 EV schließt die Anwendung des VermG auch dann aus, wenn der Eigentumsverlust an einem Vermögenswert auf einem ordnungsgemäß durchgeführten Gerichtsverfahren in der DDR beruhte, welches seinerseits Folge einer als unlautere Machenschaft i.S.d. § 1 Abs. 3 VermG zu qualifizierenden Verwaltungsentscheidung war. In einem solchen Fall kommt eine Überprüfung der gerichtlichen Entscheidung nur nach Maßgabe der jeweiligen Prozessordnung in Betracht (Art. 18 Abs. 1 Satz 2 EV). [parallel laufende strafrechtliche Rehabilitierung wurde ebenfalls abgelehnt]

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 16. August 2006 zum Aktenzeichen 8 C 14/05: Das in § 6 Abs. 1a Satz 2 VermG festgelegte Quorum findet nur auf solche geschädigten Unternehmensträger Anwendung, die durch oder infolge der Schädigung untergegangen sind. Der noch existente Unternehmensträger oder sein Rechtsnachfolger bedarf für die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche keines Quorums. [Quorum dient nur der Klarheit, ob das Unternehmen fortgeführt werden soll; wenn es noch existiert, ...]

Der Bundesgerichtshof entschied am 27. Oktober 2006 zum Aktenzeichen V ZR 58/06: Wird ein Grundstück durch Zuordnungsbescheid während des laufenden Restitutionsverfahrens einem anderen Zuordnungsberechtigten zugeordnet, hat dieser dem Restitutionsberechtigten auch die Miete herauszugeben, die der frühere Zuordnungsberechtigte nach dem 1.7.1994 erzielt oder zu beanspruchen hat.

Der Bundesgerichtshof entschied am 8. Dezember 2006 zum Aktenzeichen V ZR 103-06: Der nach Art. 233 § 2a EGBGB zum Besitz berechtigte Nutzer ist nicht verpflichtet, dem Grundstückseigentümer gezahlte Anschluss- und ähnliche Beiträge zu erstatten, wenn die endgültige Beitragspflicht vor dem Abschluss eines Kaufvertrags vor dem Abschluss eines Kaufvertrags nach dem SachenRBerG oder dem Eigentumserwerb in einem Bodenordnungsverfahren entstanden ist. Leistet der Grundstückseigentümer dagegen einen Vorschuss auf solche Beiträge und wird eine Vorauszahlung nach Beitragsrecht auf die endgültige Beitragspflicht verrechnet, kann er von dem nach Art. 233 § 2a EGBGB zum Besitz berechtigten Nutzer nach §§ 677, 683 BGB Erstattung verlangen, wenn die endgültige Beitragspflicht nach dem Vertragsschluss oder dem Eigentumserwerb im Bodenordnungsverfahren in seiner Person entsteht. Entsteht sie in der Person eines anderen Eigentümers, richtet sich der Erstattungsanspruch gegen diesen.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 13. Dezember 2006 zum Aktenzeichen 8 C 25/05: Der Befehl Nr. 64 der sowjetischen Militäradministration v. 17.4.1948 enthielt in Nr. 5 das Verbot, nach dessen Inkrafttreten auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 Vermögenswerte zu sequestrieren und bisher nicht sequestrierte Vermö-

genswerte zu enteignen. Die Kenntnisnahme vorgelegter Enteignungslisten durch die sowjetische Besatzungsmacht beinhaltet keine nachträgliche Freigabe der enteigneten Vermögenswerte nach Nr. 5 des SMAD-Befehls Nr. 64. ... Die unter Verstoß gegen das Enteignungsverbot vorgenommene Enteignung ist ... nicht auf besatzungshoheitlicher Grundlage erfolgt ...

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 14. Dezember 2006 zum Aktenzeichen 3 C 2/06: Ein Grundstück, das die Gemeinde einem privaten Sportverein mietweise überlässt, um so den Sport oder das Vereinswesen zu fördern, gehört weder zum Verwaltungs- noch zum kommunalen Finanzvermögen i.S.d. Art. 21, 22 Abs. 1 Satz 1 EV. [für Angelsport genutzt]

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 18. Dezember 2006 zum Aktenzeichen 3 B 63/06: Vorinstanz: VG Magdeburg Der nach § 8 Abs. 4 Satz 2 VZOG aufgrund eines bestandskräftigen Bescheids der Zuordnungsbehörde auf Auskehr des Erlöses oder Wertersatz in Anspruch Genommene kann sich jedenfalls so lange nicht auf die Berechtigung eines privaten Dritten an dem Zuordnungsobjekt berufen, wie dieser selbst ihm gegenüber keine entsprechenden Ansprüche geltend gemacht hat.

Der Bundesgerichtshof entschied am 26. Januar 2007 zum Aktenzeichen V ZR 137/06: Die Tatbestandswirkung eines bestandskräftigen Rückübertragungsbescheids nach dem VermG erstreckt sich auch darauf, wer durch den bescheid originär Eigentümer des zurückübertragenen Grundstücks geworden ist. Auch dieser Teil der rechtsgestaltenden Wirkung der behördlichen Entscheidung ist für die Zivilgerichte bindend. ... abweichende Eintragungsersuchen an die Grundbuchämter ... führ[en] allenfalls zu unrichtigen Eintragungen in den Grundbüchern.

Der Bundesgerichtshof entschied am 21. Februar 2007 zum Aktenzeichen XII ZR 249/04: Der Mieter eines Grundstücks, das einem bestimmten, am Zuordnungsverfahren nach dem VZOG Beteiligten zugeordnet wurde, kann nicht geltend machen, dass ein anderer am Verfahren beteiligter Zuordnungsprätendent Eigentümer des Grundstücks sei. [Erstattung von Aufwendungen gem. § 538 Abs. 2 BGB a.F.]

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 7. März 2007 zum Aktenzeichen 8 C 28/05: Ein Enteignungsverbot der sowjetischen Besatzungsmacht kann sich auch aus einem bisher nicht bekannten SMAD-Befehl ergeben, wenn er einschließlich der Freigabelisten echt und dadurch in der Rechtswirklichkeit erkennbar geworden ist, dass er den Bereich der befehlsgebenden Stelle verlassen hat.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 7. März 2007 zum Aktenzeichen 8 C 26/05: ... Der Ausschluss der Restitution nach § 3 Abs. 1 Satz 11 VermG verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 15. März 2007 zum Aktenzeichen 3 C 37/06: Eine Ausgleichsleistung kann nicht wegen Unwürdigkeit nach § 1 Abs. 4 AusglLeistG verweigert werden, wenn ein Ausschlussstatbestand allenfalls durch einen Zwischenerben verwirklicht wurde, der bei Inkrafttreten des AusglLeistG bereits verstorben war.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 21. Juni 2007 zum Aktenzeichen 3 C 11/06: Ändert die Behörde ihren Zuordnungsbescheid während eines Rechtsstreits und entspricht sie damit dem Begehren des Klägers, so erledigt sich die Klage. Die Wirkung tritt sogleich ein, auch wenn der Änderungsbescheid von einem Dritten angefochten wird. Ist im Beitrittsgebiet ein Gebäude weit überwiegend auf einem „Stammgrundstück“ und zu einem geringen Teil auf einem „Überbaugrundstück“ errichtet und gehörte das „Stammgrundstück“ am 3.10.1990 zweifeldfrei zum Sondervermögen Deutsche Post, so fiel auch die Überbaufläche nach Art. 27 Abs. 1 Satz 1 EV ins Postvermögen.

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 8. August 2007 zum Aktenzeichen 4 U 876/05: Gibt im Restitutionsverfahren der Bürgermeister einer Gemeinde dem Landratsamt eine fehlerhafte (hier: unvollständige) Auskunft über ein Grundstück, so ist diese Auskunftserteilung dann hoheitlicher Tätigkeit zuzurechnen, wenn diese Auskunft zur Ermittlung des maßgebenden Sachverhalts und damit als Grundlage der Entscheidung des Landratsamts über den Antrag auf Rückübertragung des betroffenen Grundstücks dient. ...

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 9. Oktober 2007 zum Aktenzeichen 8 C 11/06: Ist die Rückübertragung eines Vermögenswerts nach § 3 Abs. 2 VermG ausgeschlossen, weil der nach dem Prioritätsprinzip Berechtigte einer Schädigung nach § 1 Abs. 6 VermG unterlag, so ist das nach § 29 Abs. 3 VermG zuständige Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) auch für die Entscheidung über eine Entschädigungsberechtigung des Zweitgeschädigten nach § 7a Abs. 3c Satz 1 VermG zuständig.

Allgemeine Folgen der Vereinigung:

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 27. Februar 2007 zum Aktenzeichen 1 BvR 1982/01: Es ist mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, Art. 19 Satz 2 und 3 EV in der Weise auszulegen, dass Verwaltungsakt der DDR, die nicht gegen fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen, von einer Rücknahme nach § 44 SGB X ausgeschlossen sind. Wegeunfall 1984, Amputation des Beines, BGL lehnt 1985 Anerkennung der Amputation als Folge des Wegeunfalls ab, ebenso BG nach Wiedervereinigung, Klage vor BSG, 11.9.2001, NJ 2002, 167 erfolglos (wg. Art. 19 EV). ... Es ist (s)ein legitimes Ziel, grundsätzlich eine Kontinuität der durch Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet begründeten Rechtsverhältnisse – zugunsten und zu lasten der Beteiligten – zu sichern. Die durch diese Grundentscheidung geschonte Arbeitskapazität der Sozialverwaltung konnte der Bearbeitung der noch offenen Fälle zugute kommen.

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 20. März 2007 zum Aktenzeichen 2 U 38/06: Keine Haftung der Bundesrepublik Deutschland für Unrechtshandlungen von DDR-Organen (hier: Strahlenschäden von NVA-Angehörigen). Revision eingelegt: III ZR 115/07

Das Obergerverwaltungsgericht Weimar entschied am 11. April 2007 zum Aktenzeichen 1 KO 491/05: Die heutigen Städte und Gemeinden in Thüringen sind weder mit den früheren Räten der Gemeinden/Städte noch mit den bis zur Zentralisierung des Staatsapparats auf dem Gebiet der DDR existierenden Gemeinden/Städten identisch oder deren Rechtsnachfolger. Sie sind vielmehr 1990 originär neu errichtet worden. Sie können daher nicht aus vor ihrer Errichtung abgeschlossenen Kirchenbaulastverträgen in Anspruch genommen werden.

6.3. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Aufgrund der mit Ablauf des 2.10.2000 eingetretenen Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung), können nur noch sehr wenige Strafverfahren verfolgt werden (Totschlagsdelikte).

6.4. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle

Die Originalakten der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle, vormals Salzgitter, sind nunmehr vom Bundesarchiv (wieder) übernommen worden (Signatur B 197 – Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter; Laufzeit: 1962–1989). Damit erübrigt sich für die Zukunft eine Berichterstattung über den Verbleib.